



Protokoll

der 28. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 20. September 2023, um 7:06 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: -

Verhandlungsgegenstände:

01.	Mitteilungen	2
22.	Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat	2
23.	Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat	8
24.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlihof, Drei Linden und Hirzbrunnen.....	8
25.	Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen	8
26.	Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!.....	9
27.	Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen.....	9
28.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen.....	14
29.	Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten.....	21
41.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen	21
31.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen	24
32.	Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz	24
33.	Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention	25
34.	Anzug Daniel Hettich betreffend Änderung bei der Sanierung der Rauracherstrasse.....	29
35.	Anzug Eric Weber betreffend Straftaten verhindern.....	31
1.	Traktandum 1.....	31
36.	Anzug Eric Weber betreffend Nachtsitzungen gehören abgeschafft	33
37.	Anzug Eric Weber betreffend Besucher-Badge für Grossrats-Besucher	34
38.	Anzug Eric Weber betreffend feste Sprechzeiten für den Parlamentsdienst	35



Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 20. September 2023, 15:00 Uhr

01. Mitteilungen

[20.09.23 15:00:01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Nachmittagssitzung und habe vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Save the Date Jassturnier

Die Organisatoren des diesjährigen kantonalen Jassturniers Tim Cuénod und Daniel Albiez möchten Ihnen mitteilen, dass das Jassturnier in diesem Jahr am 14. Dezember 2023 ab 18:15 Uhr hier im Rathaus stattfinden wird. Eine offizielle Einladung werden Sie zu einem späteren Zeitpunkt erhalten.

22. Motion Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Bewilligung von Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler durch den Grossen Rat

[20.09.23 15:01:23, 23.5297.01]

Georg Mattmüller (SP): Ja, es ist richtig, die öffentlichen Spitäler sind selbstständige Organisationen und können sich im Rahmen der Eignerstrategie des Kantons operativ entfalten. Die Politik und auch das Stimmvolkvolk haben das so gewollt. Man kann sich nun aber schon fragen, weshalb das Universitätsspital ausgerechnet in einem Einzelfall den Wettbewerb im Nachbarkanton sucht. Das Beispiel, und ich komme nochmals darauf zurück, zeigt letztlich nur, dass von einer gemeinsamen Gesundheitsregion nicht gesprochen werden kann, auch wenn dies ebenfalls ein Volkswille war.

Der bikantonalen Webseite zur gemeinsamen Gesundheitsregion GGR entnehmen wir dazu: Die Versorgungsplanung wurde in der Region bisher von jedem Kanton separat durchgeführt. Mit dem am 10. Februar 2019 vom Stimmvolk der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft angenommenen Staatsvertrag zur Planung und Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung erhalten die beiden Kantone die Möglichkeit, die Versorgungsplanung nun gemeinsam durchzuführen.

Ja, die beiden Kantone haben die Möglichkeit erhalten und machen trotz gesetzlichem Auftrag und Volkswillen nicht davon Gebrauch. Die Kantone haben sich in ihrer Definition der Gesundheitsversorgung auf Planung, Regulation und Aufsicht von Leistungen reduziert. Bezüglich der Organisation der Leistungserbringer, also der Spitäler der beiden Kantone, die den öffentlichen Versorgungsauftrag erfüllen müssen, gibt es keine gemeinsame Planung. Die aktuellen Verantwortlichen können die damalige Spitalfusionsabstimmung beklagen, sollten sich aber schnell besinnen, denn das Universitätsspital USB wie das Kantonsspital Baselland KSBL haben zusammen in den kommenden zwei Jahrzehnten einen Investitionsbedarf von vier bis viereinhalb Milliarden Franken. Rechnet man die kleine Investition der Dialysestation des USB in Baselland, die zweifelsohne in einem so genannten Konkurrenzmarkt zu Überkapazitäten führt, hoch auf die Planung der Spitäler der öffentlichen Gesundheitsversorgung, muss einem das Sorgen machen. Schaffen wir potenziell Überkapazitäten in der Höhe von 100 Millionen Franken?

Das Beispiel des Kanton Aargaus, der eben erst 240 Millionen Franken für das Kantonsspital Aarau sprechen musste, zeigt deutlich, dass trotz des vielbeschworenen sogenannten Markts letztlich der Spital-eigner, also der Kanton und damit die Steuerzahlenden, für die öffentliche Gesundheitsversorgung in die Pflicht genommen werden.

Mit der universitären Altersmedizin Felix Platter UAFP hat der Kanton Basel-Stadt aktuell bereits schon fast 100 Millionen Franken in der Rechnung abschreiten müssen. Offensichtlich war der erste Spitalbau im sogenannt marktregulierten Verhältniss nicht erfolgreich. Auch kann Regierungsrat Lukas Engelberger nach Aussage in der vergangenen Woche eine Rekapitalisierung des UAFB durch den Kanton nicht ausschliessen.

Ohne eine Eingliederung der Spitäler in die kantonale Verwaltung zu fordern, macht es Sinn, vor allem grössere und teure Investitionen in öffentliche Spitäler, deren gesamtstaatlichen finanziellen Risiken sehr gross sind, politisch zu legitimieren. Da



sich die beiden kantonalen Spitalträger im Wettbewerb befinden, anstatt Verlustrisiko reduzierend zu kooperieren, braucht es offenbar im Rahmen der Spitalgesetzgebung ein politisches Regulativ. Das Parlament muss daher auf kritische kantonale Grossinvestitionen, wie jene der Spitäler, einen aus einen Einfluss haben können.

Im Namen der SP-Fraktion bitte Sie daher, die Motion gutzuheissen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Diese Motion ist Symptombekämpfung. Das sage ich normalerweise, wenn ich etwas Negatives meine. Das ist es in diesem Fall nicht. Ich werde nachher noch darauf eingehen. Aber weshalb ist es bloss eine Symptombekämpfung? Diese Motion löst die falschen Anreize, die wir mit den Fallpauschalen im Gesundheitswesen haben, nicht, sie löst den Wettbewerb um so genannte gute Patientinnen nicht, sprich um Diagnosen, die Gewinn abwerfen. Sie löst auch nicht das grundlegende Problem, dass es eben mit diesen Fallpauschalen und der Auslagerung der Spitäler im Gesundheitswesen primär um Gewinnmargen, um Konkurrenzkampf und um Spardruck geht, anstatt darum, die bestmögliche und vielleicht auch die finanzierbare Gesundheitsversorgung im Sinn zu haben.

Dieses System, das wir jetzt haben, schweizweit, nicht nur hier in Basel und auch über die Schweiz hinaus, kann nicht funktionieren, jedenfalls nicht für diejenigen Betriebe, die, wie das Felix Platter oder das USB oder andere öffentliche Spitäler, sich nicht nur auf die lukrativen Diagnosen, auf die sogenannten guten Patientinnen fokussieren können.

Aber wir können dieses grundlegende Problem hier in Basel nicht lösen und auch schweizweit sieht es leider momentan nicht danach aus, dass es genügend schnell gelöst wird. Deshalb eben kommt die Symptombekämpfung jetzt. Genau wie wir auch bei einer Schmerzpatientin, bei der wir die Ursache nicht lösen können, trotzdem auch Schmerzmittel verschreiben, ist es wichtig, dass wir hier diese Symptombekämpfung machen.

Es ist so, weder Schulen noch Bibliotheken noch die Feuerwehr oder die Polizei rentieren. Sie alle Werfen keinen Gewinn ab. Sie alle müssen ihre Investitionen nicht finanzieren über ihren Gewinn. Sie können es nicht und genausowenig können es eben die öffentlichen Spitäler, die eine Grundversorgung über alle Bereiche und auch für die komplizierten Fälle sicherstellen müssen. Es ist nicht möglich, im heutigen System genügend Gewinnmarge abzuwerfen. Deshalb ist uns allen klar, dass am Schluss der Kanton einspringen muss, wenn es finanziell nicht aufgeht.

Es gibt eigentlich nur zwei Alternativen, die schlussendlich das gleiche bewirken. Die eine wäre, beim Personal so stark zu sparen, dass man schlussendlich kein Personal mehr hat, dann kann man auch schliessen, oder man geht direkt in Konkurs. Deshalb musste ja auch eben Felix Platter-Spital vom Kanton gestützt werden, oder auch das Kantonsspital Aarau, wo jetzt 240 Millionen Franken als Finanzspritze bewilligt wurden, um den Konkurs abzuwenden. Es ist nicht so, dass es einfach einzelne Spitäler sind, die Fehler begehen, sondern es ist das Grundproblem. Unser Grundproblem heisst, wenn wir eine gute Gesundheitsversorgung haben möchten, dann tragen wir auch die Verantwortung dafür und dann ist es aus meiner Sicht auch klar, dass wir mitreden dürfen. Es geht hier ja nicht nur um 2 oder 3 Fränkli, die wir vielleicht noch etwas verkraften können und nicht so dramatisch finden, wenn sie irgendwo im Budget untergehen. Es geht hier um dreistellige Millionenbeträge. Ja, beim USB wären es vielleicht sogar vierstellig.

Es ist extrem viel Geld, und da finde ich es nicht übertrieben, dass wir als Parlament, als Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit, die schlussendlich diese Beträge bezahlen muss, auch mitreden können. Und da kommt auch das, was Georg Mattmüller angesprochen hat, hinzu. Wenn wir über diese Gelder sprechen würden, dann würden wir auch ganz klar erwarten, dass ebendiese regionale Gesundheitsplanung gemacht würde. Das ist heute einfach nicht der Fall. Sie wird nicht gemacht und wir haben keine Einflussmöglichkeiten darauf. Es wird einfach ignoriert, was die Bevölkerung beschlossen hat.

Deshalb bitte ich Sie im Namen des GAB, diese Motion zu überweisen, damit wir eine demokratische Kontrolle dieser Ausgaben haben, die so oder so auf uns zukommen werden, und zwar dass wir dann mitreden können, bevor sie fix und fertig auf dem Tisch liegen, sondern den man sie noch beeinflussen kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrageentschuldigung von Pasqualine Gallacchi. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Pasqualine Gallacchi (Mitte-EVP): Wie soll das Parlament hier Einfluss nehmen, was was kann das Parlament machen? Sie haben es selber gesagt, es sind Symptome, die man bekämpft. Ich kann mir nicht vorstellen, inwiefern das Parlament hier Lösungen bieten kann.



Tonja Zürcher (GAB): Das Parlament kann zum einen verlangen, dass diese Planung regional abgestimmt ist. Das kann man bei jeder Botschaft überprüfen, nachfragen, weitere Abklärungen verlangen. Wir können entscheiden, ob das genügend gemacht wurde oder nicht. Wir können Überprüfungsanträge stellen, ob die Beträge richtig sind und so weiter, also wie bei jedem anderen Geschäft, bei dem wir über 100 Millionen Franken oder mehr als Ausgaben bestimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist jetzt Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Mit der Ausgliederung der öffentlichen Spitäler aus der Verwaltung vor nunmehr über 10 Jahren wurden diese in die operative Selbstständigkeit entlassen. Der Kanton ist zwar nach wie vor Eigentümer, die einzelnen Institutionen agieren aber als rechtlich selbstständige Unternehmen. Investitionsentscheide liegen somit nicht mehr beim Kanton, sondern beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung, hier bei den jeweiligen Spitalern. Die Einbindung oder die erneute Einbindung des Grossen Rates in diesen Entscheidungsprozess untergräbt die Idee der Auslagerung der öffentlichen Spitäler. Das wäre in etwa vergleichbar, wie wenn bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen die Aktionäre Investitionsentscheidungen treffen würden oder müssten. Ein Entscheidungsvorbehalt verlängert zudem und verkompliziert nicht nur den gesamten Prozess, sondern führt auch zu einer Verbesserung der Verantwortlichkeiten. Es ist dann auch mehr als fraglich, ob die Politik tatsächlich besser beurteilen kann, ob eine Investition sinnvoll und finanzierbar ist.

Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch das Problem, dass der Steuerzahler bei Fehlinvestitionen ein finanzielles Risiko trägt, wie es beim UAFP deutlich geworden ist. Wir haben ja zu Genüge darüber debattiert. Dieses Problem bleibt aber bestehen und nota bene trägt der Steuerzahler dieses Risiko nicht nur bei Staatsbetrieben oder staatsnahen Unternehmen, sondern, Sie wissen es, auch bei privaten – Stichwort systemrelevanten Banken.

Im Zusammenhang speziell nun mit den Spitalern kann oder muss gegebenenfalls auch die Eigentümerstrategie des Kantons insbesondere im Zusammenhang mit Grossinvestitionen im Gesundheitswesen überdacht, überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Dies liegt aber vorab in der Verantwortung des Regierungsrates als oberste Instanz. Der Einbezug des Grossen Rates ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Wir empfehlen deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist der Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Das Gesetz, über das wir hier eigentlich sprechen, ist jetzt zwölf Jahre alt. Wir haben also einige Jahre Erfahrung mit der Auslagerung der Spitäler und ich glaube, man kann ohne weiteres sagen, dass sich das sehr bewährt hat. Wir sind sicher auf dem richtigen Weg. Trotzdem scheint es mir, dass nach zwölf Jahren eine Überprüfung und allenfalls Feinjustierung oder Neuregulierung durchaus angezeigt sein kann. Ich glaube, es ist zu Recht ein gewisses Unbehagen erkennbar geworden im Zusammenhang mit der Kapitalisierungsfrage des Felix Platter Spitals.

Wir sind als Parlamentarier und Parlamentarierinnen ja schon auch dazu aufgefordert, über die Steuergelder und die sinnvolle Nutzung der Steuergelder zu wachen. Manchmal frage ich mich aber wie ernsthaft wird das tun und wie gut wir in der Lage dazu sind. Ein Beispiel: Heute Morgen haben wir während etwa sieben Minuten debattiert über ein 500 Millionen Geschäft und wir haben über 25 Minuten debattiert über Rehe auf dem Friedhof Hörnli. Das Parlament ist natürlich tatsächlich nicht unbedingt geeignet, solche Geschäfte zu debattieren, aber die letzte Verantwortung können wir nicht wegdiskutieren. Deshalb denke ich, die Motion bietet vielleicht die Chance, dass der Regierungsrat sich überlegen kann, wo wir nach zwölf Jahren Erfahrung sagen können, einen gewissen Handlungsbedarf entdeckt zu haben, zum Beispiel bei der Finanzierungsfrage, ob es da einen sinnvollen Schlüssel gibt im Verhältnis Investition Eigenkapital.

Diese 100 Millionen Franken können nicht sakrosankt sein, die hier als Thema oder als Vorschlag vorliegen, aber sie können eine Anregung sein zu fragen, wie wir mit solchen Grossrisiken in unserem Hause umgehen. Deshalb bin ich für die erste Überweisung dieser Motion, aber klar auch mit der Aussage, dass es auf keinen Fall dazu führen darf, dass wir einen Schritt zurück machen in die Geschichte, als die Spitäler in der Verwaltung integriert waren. Das hat sich nicht bewährt. Die Auslagerung hat sich sehr bewährt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Besten Dank. Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Oliver Thommen (GAB): Sie machen offensichtlich die Bedeutung eines Geschäfts an der Redezeit hier im Ratsplenum fest. Rechnen Sie die Zeit, mit der sich eine Kommission mit einem Geschäft beschäftigt, und andere Vorbereitungen nicht mit ein?



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich danke für den Hinweis. Es war für mich heute Morgen einfach ein wunderbares Beispiel, wie schlank 500 Millionen Franken durchrutschen und wie andere Themen uns offensichtlich weit mehr beschäftigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich schliesse mich den Antrag auf Nichtüberweisung an, möchte aber doch noch einige Gedanken anfügen. Der Sprecher der SP hat hier auf eindrückliche Weise Krokodilstränen geweint darüber, was alles nicht klappt in unserer Region mit der Zusammenarbeit in diesem wichtigen Bereich. Aber ich meine, die SP hat aktiv torpediert, dass wir ein sinnvolles System bekommen mit der Ablehnung der Spitalfusion. Die Schwesterpartei in Basel-Landschaft hat das auch versucht, ist dort aber zum Glück nicht durchgedrungen. Einige Probleme wären uns erspart geblieben, wenn wir ein gemeinsames, starkes öffentliches Spital hätten. Diese historische Verantwortung kann heute die SP nicht wegdiskutieren. Entgegen eine rot-grünen Regierung hat sie das torpediert.

Etwas anderes hat auch bereits Bruo Lötscher angesprochen. Diese 100 Millionen Franken sehen nach sehr viel Geld aus, ist es auch, aber das müsste ja auch in einen Zusammenhang gestellt werden mit der Risikofähigkeit mit dem Eigenkapital eines jeden öffentlich-rechtlichen Spitals. Das ist viel Geld für das Felix-Platter, die psychiatrischen Klinik, für das Universitätsspital ist es, ich sage es mal vereinfacht, ein Klacks. Da brauchen wir eine differenzierte Antwort.

Der Vorschlag ist ja, dass jetzt alles in den Grossen Rat kommt. Hätten wir dem Felix Platter-Spital zugestimmt? Natürlich hätten wir ihm zugestimmt und hätten dann vielleicht noch irgend etwas aufgestockt, um zeh Bäume mehr dort zu pflanzen. Wenn es mehr Verantwortung geben soll, dann sollte diese der Ebene der Regierung angesiedelt sein. Wenn diese beim Grossen Rat liegt, können nachher alle sagen, ja ihr habt es so gewollt und abgeseget, ihr habt alles gewusst. Das ist eine Diffusion von Verantwortlichkeit. Wenn diese neu angesiedelt werden sollte, dann beim Regierungsrat als Genehmigungsinstanz mit auch den möglichen Instrumenten, das wirklich nachzuprüfen, was da vorgerechnet wurde von einem Spital und seinem Verwaltungsrat. Aber so nehmen Sie einfach das Spital, den Verwaltungsrat und den Regierungsrat völlig aus der Verantwortung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die angeregte Debatte, die sich natürlich jetzt nahtlos einfügt in die Diskussionen, die wir hier bereits geführt hatten, beispielsweise über die Jahresrechnungen der Spitäler. Das wird dann weitergehen mit dem Bebauungsplan für den Perimeter B des Unispitals, worüber wir nach den Herbstferien uns werden unterhalten dürfen.

Ich bin vorweg denjenigen dankbar, die zum Ausdruck gebracht haben, dass sie die Selbstständigkeit der Spitäler respektieren und auch schätzen. Ich möchte das meinerseits auch zum Ausdruck bringen. Die Spitäler sind rund 10 Jahre nun autonom, als eigene öffentlich-rechtliche Anstalten konstituiert und als solche tätig. Ich glaube, wir dürfen alles in allem doch sagen, dass sie sich in dieser Zeit erfolgreich entwickelt haben. Ich meine sagen zu dürfen, dass unsere Spitäler ein deutlich patientenfreundlicheres Angebot entwickelt haben. Sie machen heute eine bessere Medizin. Sie haben wichtige Teile ihrer Infrastruktur erneuert und modernisiert und Sie haben etwa in in der Covidpandemie eindrücklich ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ich bekomme das auch von Nichtbasler Beobachterinnen und Beobachter des Gesundheitswesens regelmässig so mitgeteilt und ich glaube, das darf man an dieser Stelle auch würdigen.

Es ist im übrigen auch nicht so, dass wir jetzt ein Angebot hätten, das flächendeckend über den Bedarf liegen würde. Diese Aussagen, die in den Raum gestellt wurden, dass wir hier nämlich ein flächendeckendes Überangebot hätten, sind in meiner Beurteilung falsch. Das ist die Perspektive von vor der Pandemie, da hat man das noch so darstellen können, als würden vor allem die Spitäler um ihre Patientinnen und Patienten kämpfen. Ich muss Sie daran erinnern, es war umgekehrt. In der Pandemie haben die Patientinnen und Patienten, in gewissen Regionen der Schweiz mehr ausgeprägt, aber bei uns teilweise auch, um ihre Behandlung kämpfen müssen und nicht umgekehrt. Jetzt ist es noch einmal anders. Jetzt kämpfen die Spitäler um ihre Mitarbeitenden. Das ist der entscheidende Faktor und nicht, wer über wie viele Etagen in welchem Gebäude verfügt. Also, diese Szene hat sich massiv verschoben, die die Marktverhältnisse, wenn man von einem Markt sprechen will, haben sich massiv verschoben und zwar so, dass wir heute nicht mehr einfach in den Raum stellen dürfen, wir hätten ein Überangebot.

Ich muss dezidiert widersprechen, wenn gesagt wird, die Regierungen von Stadt und Land würden dem Auftrag aus dem Staatsvertrag betreffend gemeinsame Gesundheitsregion nicht korrekt nachkommen. Ich widerspreche vehement. Dieser



Staatsvertrag, der in beiden Kantonen angenommen wurde, regelt unsere Planungsaufgabe. Und die Planungsaufgabe nehmen wir übrigens als einzige zwei Kantone schweizweit vollumfänglich gemeinsam wahr. Damit erfüllen wir den Staatsvertrag. Sie wissen, dass wir gerne einen zweiten Staatsvertrag auch angenommen gehabt hätten, über die Spitalfusion. Das ist zu akzeptieren, dass das abgelehnt wurde und somit haben wir keine gemeinsame Finanzierungsbasis für unsere Spitäler. Wir haben unterschiedliche Spitäler mit unterschiedlichen Eignern. Und jetzt zu erwarten, dass wir aus der Stadt das Recht hätten mitzureden bei den Investitionen des Kantonsspital Basel-Landschaft und umgekehrt, ist meines Erachtens nicht legitim.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben noch 40 Sekunden Redezeit.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Dann muss ich jetzt stark abkürzen.

Wir nehmen das entgegen aus Respekt vor den Kompetenzen des Grossen Rates. Sie entscheiden unter Vorbehalt der Stimmbevölkerung, wie die Kompetenzen in unserem Kanton verteilt sind und wenn Sie darauf wieder eintreten möchten, dann haben wir uns dem nicht zu verweigern. Wir werden uns inhaltlich dann in der zweiten Etappe äussern, falls überwiesen wird.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Sie haben es gesehen bei uns in der Kreuztabelle steht ein Offen. Es sind alles Einzelsprecher, deshalb darf auch jeder einzeln dazu sprechen.

Wir haben diesen Vorstoss in unserer Fraktion intensiv besprochen und die Debatte vorher, für diejenigen, die für die Überweisung sind wie für diejenigen, die dagegen sind, hat so ziemlich genau auch unsere Fraktionsdebatte widerspiegelt. Ich habe den Vorstoss von Stefan Wittlin mitunterzeichnet, deshalb stehe ich auch weiterhin zu meiner Unterschrift. Es gibt sicherlich Bedenken bei gewissen Punkten, die in dieser Motion enthalten sind, aber ich persönlich komme schon auch zum selben Schluss wie Stefan Wittlin in der Grundstossrichtung. Ich glaube, wir müssen uns Gedanken machen, wie das Parlament bei solchen Grossinvestitionen der öffentlichen Spitäler – das sind keine privaten Institutionen – involviert wird. Ob das mit diesen 100 Millionen Franken jetzt der richtige Weg ist, ob es andere Ideen oder Möglichkeiten gibt, das soll uns der Regierungsrat nun darlegen.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat ganz am Schluss in seinem Votum ja auch gesagt, dass die Regierung bereit sei, diese Motion entgegenzunehmen, um uns einmal zu berichten, welche Möglichkeiten es gibt. Das soll uns in ungefähr drei Monaten dann die Möglichkeit, uns noch einmal vertieft mit diesem Anliegen auseinanderzusetzen.

Ich persönlich stehe weiterhin hinter der Auslagerung der Spitäler, daran gibt es aus meiner Sicht auch nichts zu rütteln. Ich kann die Kritik von David Jenny an der SP im Zusammenhang mit der Spitalzusammenarbeit oder der Zusammenlegung unserer Spitäler mit denjenigen von Basel-Landschaft verstehen. Aber nichtsdestotrotz bleibt es wichtig, dass die parlamentarische Sicht nicht vergessen geht. Angesichts der Diskussionen zum Felix Platter-Spital aber auch angesichts der weiteren Projekte, die auf unseren Kanton im Bereich der Spitalplanung zukommen, macht ein vertiefter Gedanke, wie wir das künftig vielleicht etwas besser justieren können, durchaus Sinn.

Ich bin hier auch sehr bei Bruno Lötscher. Wir diskutieren hier tatsächlich Stunden über Rehe, über andere Dinge wie Parkplätze, aber wenn es dann um so grosse Kisten geht - und das ist eine grosse Kiste -, dann ist die Diskussion meistens doch sehr kurz und es beteiligen sich nur sehr wenige an der Diskussion. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, uns als Parlament zu überlegen, wie wir mit solchen grossen Geschäften umgehen, auch damit, was wir mit der Zustimmung zu solchen grossen Geschäften auslösen. Deshalb macht es auch Sinn, dass wir das hier nach einer gewissen Zeit, seit diese Spitäler ausgelagert worden sind, uns noch einmal überlegen, ob alles so, wie wir es damals getan und beschlossen haben, richtig ist oder ob es nicht allfällige kleine Justierungen braucht. Das ist kein Votum für eine Einlagerung in den Kanton, David Jenny, sondern es ist wirklich eine grundsätzliche Fragestellung, die es aus meiner Sicht zu diskutieren gilt.

Wir haben auch immer wieder aus den Oberaufsichtskommissionen, namentlich aus der Geschäftsprüfungskommission, gehört, dass es Diskussionen darüber geben könnte, wie die Aufsicht über unsere Spitäler organisiert wird innerhalb der Regierung, ob es sinnvoll ist, dass all diese Hüte in Gesundheitsdepartement sind oder ob es allenfalls nicht ein zweites Departement geben müsste, welches hier auch eine gewisse Rolle spielt, wie wir es aus anderen Kantonen kennen. Auch das sind wir wertneutral und offen.

Aber diese Diskussion jetzt mit der Motion anzustossen ist richtig und deshalb bitte ich Sie sehr in meinem persönlichen Namen, diese Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat der Motionär Stefan Wittlin das Wort.

Stefan Wittlin (SP): Ich danke Ihnen für die angeregte Debatte und auch für die generelle Offenheit gegenüber dem Umgang mit der Grundproblematik der Spitalfinanzierung. Den Anstoss für diese Motion gab tatsächlich diese Abschreibung bei dem Felix Platter Spital, aber natürlich auch der Bebauungsplan Campus Gesundheit. Obwohl es bei diesem Geschäft um nutzungsplanerische und baurechtliche Fragen geht, war in der Debatte in den Kommissionen die Finanzierung das Hauptthema.

Es bestehen grosse Bedenken, ob das Projekt finanziell tragbar ist und zwar in beiden vorberatenden Kommissionen Die einzige Möglichkeit, das Projekt wirkungsvoll zu steuern, wäre, den Bebauungsplan zu ändern oder abzulehnen. Änderungen sind schwierig. Dazu fehlen uns die Grundlagen. Wir können nicht einfach aufgrund von Bedenken zur Finanzierung sagen, dass wir beispielsweise zwei Geschosse weniger zulassen. Das wäre unprofessionell, das wäre nicht hilfreich. Dafür sind die Bauvorhaben der Spitäler schlicht zu komplex. Wenn Sie den Bericht der BRK und der GSK zum Campus Gesundheit gelesen haben, dann wissen Sie, dass wir zwar diese grossen Bedenken haben, aber dennoch mehrheitlich zum Schluss gekommen sind, Ihnen die Genehmigung des Bebauungsplans zu beantragen.

Das finanzielle Risiko bleibt an der Allgemeinheit haften. Was machen wir, wenn wir einige Jahre nach Fertigstellung des Neubaus des Unispitals erfahren, dass sich dieser nicht refinanzieren lässt? Wir, also der Kanton Basel-Stadt, wir springen ein, weil wir uns der Verantwortung bewusst sind. Wir springen ein, weil wir es uns leisten können, wir springen ein, weil wir offensichtlich keine andere Wahl haben.

Hätten wir einen demokratischen Prozess für die Finanzierung solcher gross pod Grossprojekte vorgelagert, dann wäre die Diskussion eine andere. Wir könnten frühzeitig über die Gesundheitsversorgung sprechen und was uns diese Wert ist. Wir könnten uns damit auseinandersetzen, welche Rolle das Unispital für den Forschungsstandort Basel spielt und wie wir uns da positionieren wollen. Wir könnten demokratisch über den Umgang mit den Finanzen der öffentlichen Spitäler entscheiden und damit auch Risiken bewusst in Kauf nehmen. Darum geht es in dieser Motion.

Ich möchte auf einige Voten von vorher eingehen. Michael Hug hat gesagt, dass mit dieser Motion tatsächlich ein Problem gelöst werden könnte, dass nun aber der falsche Zeitpunkt sei. Leider habe ich auch aufgrund der Zwischenfrage keine Antwort erhalten, wann denn der richtige Zeitpunkt wäre. Das lässt mich ein bisschen ratlos zurück.

Dann wurde der Betrag von 100 Millionen als wahrscheinlich willkürlich bezeichnet. Das ist tatsächlich so, da möchte ich auch nicht widersprechen. Mir fällt auf, dass es wahrscheinlich uns allen schwer fällt, sich etwas vorzustellen unter 100 Millionen Franken, und wenn man das vergleicht mit anderen Bauten dann ist das ist ein enorm hoher Betrag. Er ist so hoch gewählt, weil es tatsächlich auch um teure Bauten gehen soll. Wenn man ihn aber in ein Verhältnis setzt zu den 1,4 Milliarden Gesamtkosten des Campus, dann scheint es doch nicht so hoch zu sein. Ich finde den Vorschlag gut, dass man in der weiteren Beratung wirklich überprüft, was das heisst.

Dann noch kurz zur Auslagerung und dass wir da einen Schritt zurück machen wollten. Natürlich ist das kein Schritt zurück. Ich verstehe Ihre Sicht, dass sich die Auslagen bewährt habe. Wir akzeptieren diese Situation nun auch. Wir machen nicht einen Schritt zurück, sondern wir legen den Finger darauf, wo ein Problem besteht, nämlich mit diesem Risiko, das wir als Gesellschaft tragen. Dort wollen wir konkret etwas ändern, alles andere soll Bestand haben.

Ganz kurz noch zum Vorwurf, dass wir, die SP, die Spitalfusion abgelehnt hätten und nur deshalb nun diese Probleme nun beständen: Ich möchte Sie einfach daran erinnern, dass eine Mehrheit der Bevölkerung diese Spitalfusion abgelehnt hat, mit guten Gründen, und es wäre zu einfach jetzt alles einfach darauf abzuschieben.

Abschliessend möchte ich kurz auch auf das nächste Traktandum verweisen, die Motion der GSK betreffend Kenntnissgabe der Eignerstrategien an den Grossen Rat, die ja wahrscheinlich unbestritten überwiesen wird. Diese beiden Motionen ergänzen sich gut und es braucht meiner Ansicht wirklich beide. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die Überweisung beider Motionen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung



65 Ja, 32 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001330, 20.09.23 15:34:56]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 65 Ja-Stimmen bei 32 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

23. Motion der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kenntnisgabe der Eignerstrategien der öffentlich-rechtlichen Spitäler an den Grossen Rat

[20.09.23 15:35:13, 23.5324.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

24. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Dreifachturnhalle und zusätzlicher Schulraum Campus Bäumlhof, Drei Linden und Hirzbrunnen

[20.09.23 15:35:39, 23.5332.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

25. Motion Johannes Sieber und Konsorten betreffend Zwischennutzung Musical Theater ab 2025 jetzt in Angriff nehmen

[20.09.23 15:36:08, 23.5333.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Auch hier habe ich keine Wortmeldungen eingetragen. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.



26. Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Selbstbestimmtes Leben zu Hause – in Zukunft mit zeitgemässen und bedarfsgerechten Leistungen!

[20.09.23 15:36:38, 23.5346.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Das ist nicht der Fall.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.

27. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen

[20.09.23 15:37:08, 23.5347.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zu Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Die LDP-Fraktion teilt das Anliegen der Motion, Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ergreifen. Die in der Motion geforderte Ausweitung der Ferienbetreuung auf alle Tagesstrukturstandorte teilt sie nicht. Eine differenzierte Betrachtung der Forderung zeigt, dass diese für die Eltern keinen Nutzen bringt.

Nun von vorne: Im Kanton Basel-Stadt gibt es ein breit gefächertes Betreuungsangebot während den Schulferien, mit Wahlmöglichkeiten und flexiblen Anmeldeöglichkeiten. Diese unterstützen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Familien. Die Forderung der Motionärinnen und Motionäre, das Ferienangebot in Tagesstrukturen von den drei bestehenden auf alle auszuweiten, wird regelmässig im Parlament vorgebracht. Die Antwort des zuständigen Erziehungsdepartements ist stets die gleiche. Die Situation wird beobachtet und der Ausbau erfolgt nachfrage- und bedarfsorientiert. Das ist seit 2019 der Fall mit der Eröffnung der drei Standorte Bläsi, Isaak Iselin und Thierstein. Die Belegungszahlen nehmen seither jährlich zu, aber ausgebucht war das Angebot nie, im Gegensatz zu den Tagesferien, wo einzelne Angebote jeweils stark nachgefragt und jeweils ausgebucht sind.

Damit das Angebot der Ferienbetreuung in der Schule für Familien gut funktioniert, braucht es einerseits das ED, das die Bedürfnisse der Eltern erkennt und so weit wie möglich berücksichtigt, andererseits die Konzilianz der Eltern. Es ist Ferienzeit, viele Leute sind in den Ferien abwesend, auch Betreuungspersonen. Die Ferienzeit wird oft auch für nötige Unterhaltsarbeiten in Tagesstrukturen genutzt. Die Räumlichkeiten sind folglich nicht uneingeschränkt nutzbar. Je nach Situation werden die Kinder andere Betreuungspersonen haben und alternative Standorte besuchen müssen. Betreuungskontinuität am möglichst gleichen Standort kann am besten durch die Kita gewährleistet werden.

Hinzu kommen die Kosten, die ein flächendeckender Ausbau der Ferienbetreuung in Tagesstrukturen auslösen würde. Ob und wie sich die Eltern daran beteiligen, bleibt zu diskutieren. Bereits heute ist die Ferienbetreuung in Tagesstrukturen teurer als Tagesferien.

Die von den Motionärinnen und Motionären geforderte Verbesserung der Bewerbung der Angebote ist lösbar und es sollte im Interesse des ED liegen, einen möglichst guten Service anzubieten. Die Angebote und deren Preise sind auf der ED-Webseite klar beschrieben. Wir sind der Meinung, dass das Anliegen erkannt ist, das ED die Situation beobachtet und nachfrage- und bedarfsorientiert reagiert. Unter diesem Gesichtspunkt erachten wir eine Erstüberweisung dieser Motion als nicht notwendig. Wir bitten Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Sprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich habe dieses Votum so vorbereitet, dass es auch diejenigen hier drin verstehen, die keine schulpflichtigen Kinder haben. Das ist wahrscheinlich die Mehrheit. Deshalb nehme ich mir auch die Zeit, nochmals kurz



auszuführen, welche Angebote es im Moment gibt. Catherine Alioth hat schon damit angefangen, aber ich finde, es ist immer noch nicht ganz klar geworden, was die Unterschiede genau sind und wo es eben Lücken gibt. Und das ist wichtig für diese Motion.

Die Ausgangslage ist, dass ja die meisten berufstätigen Menschen hier im Kanton vier Wochen Ferien haben. Schulferien haben wir 13 Wochen. Das heisst, 13 Wochen minus 4 Wochen sind schon mal 9 Wochen, während denen es Betreuungslücken gibt, wenn die Kinder in den Tagesstrukturen sind respektive während denen man sich etwas organisieren muss. Dies ist die Ausgangslage.

Jetzt gibt es Angebote, wie Catherine Alioth schon gesagt hat. Das ist wirklich so und die sind nicht alle schlecht, das ist mir ganz wichtig zu betonen. Erstens gibt es die sogenannten Tagesferien. Das ist ein bisschen verwirrend, weil das sind keine Tagesangebote, sondern das sind Wochenangebote. Also die kann man nur wochenweise buchen. Pro Kind kosten diese Wochen etwa 200 Franken. Wenn man jetzt mehrere Kinder hat sind das bei 3 Kindern zum Beispiel 600 Franken pro Woche. Das kann man dann aufrechnen auf 9 Schulferienwochen, die betreut werden müssen.

Auf jeden Fall kostet es auch etwas. Diese Tagesferien werden zum Beispiel von den Robispielplätzen angeboten oder von der E9 und anderen externen Anbieterinnen und Anbietern. Das sind keine schlechten Angebote, es gibt immer verschiedene Themen, unter denen die Kinder auswählen können, und da gibt es wohl Gruppendynamiken, die zum Teil cool sind, zum Teil nicht so cool. Das ist sehr unterschiedlich.

Aber eben, es sind immer ganze Wochen, es sind für die Kinder immer neue Gruppen. Es sind immer andere Betreuungspersonen. Diese Angebote sind sehr oft am Rande der Stadt – alle diese Robispielplätze zum Beispiel - und vor allem sind sie sehr oft sehr früh ausgebucht. Das haben wir heute Morgen schon angesprochen, die sollen ausgeweitet werden. Das ist super, aber im Moment reicht das nicht.

Dann gibt es das andere Angebot, das heisst Ferienbetreuung in der Schule. An den genannten drei Schulstandorten kann man dieses Angebot tageweise buchen. Ich finde nur schon nur diese Bezeichnung «Ferienbetreuung in der Schule» problematisch.. Wer will in den Ferien die Schule? Niemand will in die Schule in den Ferien. Das ist schon per se vom Namen her völlig falsch aufgegleist und natürlich auch sehr unattraktiv. Und es ist auch wirklich so, dass die Kinder das differenzieren. Diejenigen, die Kinder haben in den Tagesstrukturen wissen es. Die Kinder sagen nicht: Ich war heute den ganzen Tag in der Schule, sondern sie sagen: Ich war am Morgen in der Schule und am Nachmittag in der Tagesstruktur. Auch wenn das örtlich sehr nahe beieinander liegt, ist es nicht das gleiche. Tagesstruktur bedeutet sehr oft zusammen spielen, Aktivitäten, basteln, auch Ausflüge und so weiter. Nur wenn man von Fernbetreuung in der Schule spricht, hat man hier nicht wirklich viel gewollt.

Es gibt diese drei Standorte, das stimmt, die sind wirklich nicht ausgebucht, wie eine schriftliche Anfrage von mir gezeigt hat. Meine These ist, dass das so unattraktiv, dass das natürlich auch niemand bucht. Dann beisst sich die Katze in den Schwanz. Aber das wäre eigentlich das System, das wir ausbauen wollen, weil es eben einzelne Tage sind, die man buchen kann. Aber auch bei diesen drei Standorten kennt man die anderen Kinder nicht, man kennt die Betreuungspersonen nicht. Es sind je nachdem sehr lange Wege, je nachdem wo man wohnt und der Anmeldeschluss ist schon längst vorbei und man weiss nicht, ob es noch Platz hat oder nicht.

Aus der Perspektive der Eltern bedeutet das viel Organisation, Unsicherheit, lange Wege, und bei mehreren Kindern ist es extrem aufwendig und eben nicht dem Bedürfnis entsprechend, weil man auch einfach nicht immer die ganze Woche buchen will, sondern vielleicht die Kinder auch einfach nur einzelne Tage abgeben will. Aus der Perspektive der Kinder macht es auch nicht viel Sinn, weil eben diese Tagesferien immer ganze Wochen sind, im Extremfall 9 Wochen pro Jahr. Die Kinder wollen auch einfach mal in den Ferien zu Hause sein und nicht immer ganze Wochen weg sein. Die Betreuungspersonen sind nicht bekannt, die Kinder sind nicht bekannt, der Weg ist nicht selbst bestreitbar und so weiter. Also wir haben Angebote, aber Sie gehen an den Bedürfnissen der Eltern und der Kinder vorbei.

Claudio Miozzari (SP):

Melanie Nussbaumer (SP): Das System ist äusserst kompliziert und deshalb braucht es einen Change. Mit dieser Motion haben wir eine Chance, diesen Change herbeizuführen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion möchte diese Motion nicht überweisen. Sie kennen alle das Sprichwort «Vorfriede ist die schönste Freude». Nun stellen Sie sich vor, dass Schülerinnen und Schüler, die die schulinterne



Tagesstruktur während der Schulzeit besuchen, während den Ferien ihre Zeit auch noch dort verbringen sollen. Dann ist ihre Vorfreude auf ihre Ferien wirklich die schönste Freude.

Interessant war auch für mich die Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Melanie Nussbaumer. Denn dort erhalten wir ziemlich viele Antworten, weshalb die Einführung einer Ferienbetreuung an allen schulinternen Tagesstrukturen nicht nötig und auch nicht erfolgsversprechend ist. Eine Evaluation zeigt nämlich, dass viele Kinder ein Ferienprogramm in einer externen Freizeiteinrichtung bevorzugen. Das Interesse an einer Ferienbetreuung an der Schule ist so gering, dass die drei Tagesstrukturen an Schulen, die heute eine Ferienbetreuung anbieten, nur eine Auslastung von 30% aufweisen. Dies kann ich nachvollziehen. Stellen Sie sich vor, Sie hätten Ihre Ferien an der gleichen Kulisse mit den gleichen Betreuungspersonen wie während der Unterrichtszeit verbringen müssen. Ich glaube nicht, dass hier ein wirkliches Feriengefühl aufkommen kann.

Und darum geht es doch. Jedes Kind muss für eine gute Erholung ein Feriengefühl entwickeln, egal wo es die Ferien verbringt. Und dies ist bei den Freizeiteinrichtungen ausserhalb der Schulkulisse der Fall. Das zeigen auch die langen Wartelisten. Anscheinend stimmt die Aussage der Motionäre nicht, dass die Kinder längere Wege, ihnen unbekannte Betreuungspersonen und fehlende «Gspänli» nicht in Kauf nehmen können. Ich gebe zu, dass die Ferienzeit ein Problem darstellt, die Kinder betreuen zu lassen. Aber entweder bieten die Tagesstrukturen Programme an, die denen in der Attraktivität der externen Freizeiteinrichtungen nicht hinterherhinken, oder aber die erfolgreichen Angebote dieser Einrichtungen müssen massiv aufgestockt werden. Es müssen in ihrem Ferienprogramm auch Tagesbuchungen und nicht nur Wochenbuchungen möglich sein.

Aus diesen Gründen können wir die Motion nicht überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Es liegen zwei Zwischenfragen, von Melanie Nussbaumer und von Oliver Thommen vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich nehme an, Ihnen ist schon klar, dass in den Tagesstrukturen nicht unterrichtet wird. Das ist etwas anderes als Schule.

Jenny Schweizer (SVP): Die Kulisse selbst spielt eben schon eine sehr grosse Rolle.

Claudio Miozzari (SP): Dann ist der Oliver Thommen mit der Zwischenfrage dran.

Oliver Thommen (GAB): Wenn ein Kind in der Schule im Schulgebäude trommelt oder pfeift, ist das für das Kind auch Schulzeit oder sieht es das als Freizeit?

Jenny Schweizer (SVP): Sicherlich sieht es dies als Freizeit. Erstens geht das Pfeifen und Trommeln nicht wochenlang und wahrscheinlich wird es auch nicht am gleichen Standort sein.

Claudio Miozzari (SP):

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin ist Heidi-Mück.

Heidi Mück (GAB): Die Betreuung von Kindern ist für berufstätige Eltern eine Grundlage, dass sie ihre Berufstätigkeit überhaupt ausüben können. Deshalb baut der Kanton ja diese Angebote auch stetig aus und es werden auch immer wieder Verbesserungen des Systems in Angriff genommen, mehr oder weniger gelungen, aber sie werden in Angriff genommen. Das Ganze ist also in Bewegung, und das ist gut so.

Nun haben wir ein spezifisches Problem in den Schulferien. Für Eltern von einem oder insbesondere auch von mehreren Kindern gibt es da einfach noch nicht genügend befriedigende Lösungen. Die Lösungen müssen funktionieren, sie müssen irgendwie machbar sein. Und wenn ich betroffenen Familien zuhöre, dann merke ich, dass es aktuell für einige Eltern und Kinder einfach nicht machbar ist und nicht funktioniert, unter anderem, weil viele attraktive Angebote so rasch ausgebucht sind. Und bei den Ferienangeboten in den Tagesstrukturen ist es lange nicht klar, ob sie überhaupt stattfinden, ob es genug Anmeldungen hat und so weiter. Wenn jetzt also die Zahlen angeführt werden, dann gilt das für mich nicht als Grund, denn diese Zahlen können nicht als Gradmesser hinzugezogen werden. Es war nur unterschwellig, aber es wurde schon ein bisschen so argumentiert, dass Kinder haben auch ein Stück Eigenverantwortung ist. Natürlich ist es das. Eltern von Kindern übernehmen sehr viel Eigenverantwortung in ganz vielen Bereichen, aber die Ermöglichung der Berufstätigkeit, die ist ja vom



Staat gewollt. Wir haben einen Fachkräftemangel, wir haben einen Gleichstellungsauftrag. Wir sind also in der Pflicht, gute Bedingungen, attraktive Bedingungen für die Tagesbetreuung von Kindern zu leisten. Und diese Motion fordert eine kleine Erleichterung, nämlich die Einführung von Ferienlösungen in allen Tagesstrukturen, explizit mit der Möglichkeit, auch Verbundlösungen in den Quartieren zu ermöglichen.

Ich denke, lassen wir die Zahlen mal auf der Seite, lassen wir es doch zu. Wenn wir nach zwei bis drei Jahren sehen, dass das Angebot wirklich nicht genutzt wird, was ich überhaupt nicht glaube, dann können wir wirklich noch einmal über die Bücher gehen. Weil das Ganze ist, wie gesagt, in Bewegung und das finde ich auch gut so. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP):

Claudio Miozzari (SP):

Sandra Bothe-Wenk (GLP): In der Medienmitteilung des Kantons Basel-Stadt vom 12. September bezüglich der Schaffung einer besseren Grundlage für Tagesstrukturen und Ferienangebote betont der Kanton die zentrale Rolle der Aufgabe für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich freue mich ehrlich, dass der Zugang zur Ferienbetreuung im Kanton Basel-Stadt zukünftig für alle Kinder, unabhängig von ihrem Schulort, ob privat oder öffentlich, gleichermassen gewährleistet sein soll. Dies unterstreicht die Offenheit unserer Gesellschaft und stärkt unsere Standortattraktivität. Allerdings sind gesetzliche Anpassungen allein nicht ausreichend, um das strukturelle Problem im Basler Ferienbetreuungssystem zu lösen.

Und hier komme ich doch noch zu ein paar Zahlen: Laut dem Zahlenspiegel Bildung 2022-23 besuchen 13'000 Schülerinnen und Schüler den Kindergarten und die Primarschule im Kanton Basel-Stadt. Von diesen Nutzen 4'840 Kinder die kantonalen Tagesstrukturen. Viele der Kinder benötigen während den Schulferien Betreuung, auch jene, die das Tagesstrukturangebot während der Schulzeit nicht besuchen. Im 2022 wurden ca. 3'900 Kinder in den Ferien betreut. Tendenz ist steigend. Aktuell stehen rund 22 private Angebote mit Plätzen für bis zu 24 Kindern zur Verfügung, sowie Plätze an drei Schulstandorten. Dabei gilt es zu beachten, dass nicht alle Anbieter in allen Ferienwochen Angebote bereitstellen können, was zu Angebotslücken und schnell ausgebuchten Programmen führt.

In der Konsequenz fehlen private Tagesferienangebote in Quartiernähe, was Eltern zu weiten Wegen zwingt und dazu führt, dass ihre Kinder an Orten betreut werden, ohne Garantie, dass sie mit ihren Freunden oder Geschwistern im selben Ferienangebot einen Platz bestätigt bekommen. Die Umstände haben erhebliche organisatorische Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern und ohne privates Betreuungsnetz. Der Ausbau der Tagesstrukturen an Kindergärten verschärft die Situation für Familien weiter. Private Tagesferienanbieter bieten professionell organisierte Ferneangebote, kämpfen aber mit begrenztem Raumangebot. Die Lösung für das Raumproblem könnte durch die Nutzung der 22 aktuell geschlossenen Schulstandorte gefunden werden.

Die Interpellationsbeantwortung zur Anfrage von Melanie Nussbauer bezüglich der Ferienbetreuung an Schulen wurde erwähnt. Das Erziehungsdepartement schreibt in der Beantwortung, dass die Ferienbetreuung an Schulen aus Sicht der Kinder nicht attraktiv genug sei. Aus Sicht der Grünliberalen sollte dieser Punkt zu einer Weiterentwicklung des Angebots mit entsprechender Bewerbungsstrategie und zur besseren Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder führen und nicht dazu, grundsätzlich den Bedarf in Frage zu stellen.

Das Kinderbetreuungssystem in Basel steht vor Herausforderungen, insbesondere auch während der 14 Wochen Schulferien. Die Schülerzahlen steigen und die Kinder haben einen Anspruch auf Betreuung, während ihre Eltern arbeiten. Familien benötigen organisatorisch vertretbare Unterstützung, wenn sie keine privaten Betreuungsoptionen haben, um ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Tatsache, dass Tagesferienangebote regelmässig ausgebucht sind, verdeutlicht den Bedarf und die Beliebtheit dieser Programme. Es ist sinnvoll, die Erfolgsfaktoren der Tagesferienangebote zu analysieren und sie als Inspiration für die Weiterentwicklung des Ferienangebots an Schulen zu nutzen. In diesem Kontext kann das Fernangebot an Schulen beispielsweise auch in Kooperation mit bestehenden und potenziell neuen privaten Anbietern überdacht und zielgerichtet ausgebaut werden. Um den steigenden Betreuungsbedarf aufgrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig und bedarfsgerecht zu decken sowie strukturelle und organisatorische Betreuungsprobleme zu lösen, setzen sich die Grünliberalen für die Überweisung der Motion ein.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.



Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich bin die älteste Frau hier im Rat und ich kann es nicht nachvollziehen, dass nach 25 Jahren, als ich genau in der Situation war, voll berufstätig mit zwei Kindern, das immer noch Thema ist, dass man immer noch diese 14 Wochen irgendwie hinschummeln muss, die Kinder von der Grossmutter zur Nachbarin, zur Kollegin oder sonst irgendwohin schieben muss. Jenny Schweizer, da kommt kein Feriengefühl auf, weder bei den Eltern noch bei den Kindern. Feriengefühl ist da, wenn sie andere Kinder sehen, wenn sie in die Tagesstrukturen gehen können.

Ich kann das nicht nachvollziehen, dass die Situation für junge Eltern noch immer nicht besser ist, wirklich nicht. Jetzt werde ich vielleicht Grossmutter. Muss ich dann wieder von vorne anfangen? Ich kann das wirklich nicht verstehen. Man kann sich fragen, ob es wirklich notwendig ist, an jedem Schulstandort Betreuungen anzubieten, denn wenn nur zwei Kinder sich angemeldet haben, dann macht das natürlich keinen Sinn. Das kann man sich fragen. Aber ich finde auch nicht in Ordnung, dass man ganze Wochen buchen muss. Wenn man dann schon einen Nachmittag oder einen Tag freinehmen kann als Eltern, dann ist es doch gut, wenn man dann das Kind auch selber betreuen kann, etwas unternehmen kann. Es kann doch nicht sein, dass ich dann mein Kind abgeben muss. Also ich kann das wirklich nicht verstehen. Überweisen wir jetzt diese Motion, es kann so nicht weitergehen. Ich möchte nicht die nächste Generation noch einmal vor den gleichen Problemen sehen, wenn ich dann Grossmutter bin.

Claudio Miozzari (SP): Es gibt keine weiteren Einzelsprechende. Barbra Heer hat das Wort als Motionärin.

Barbara Heer (SP): Eigentlich hätte es das Schlusswort gar nicht gebraucht, denn das Votum von Andrea Strahm war ein wunderbarer Abschluss für diese Diskussion. Ich bedanke mich für die guten Voten. Trotz allem Dissens, möchte ich kurz zusammenfassen, wo wir doch einen Konsens erzielen können. Erstens ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtig und das ist bei den Ferien noch nicht optimal gelöst, und zweitens ist das tageweise Buchen etwas ganz Wichtiges.

Wir diskutieren im nächsten Monat die Kitakosten, jetzt sind wir bei den Ferien. Aus meiner Sicht sind das die zwei Kernpunkte, welche die Familie im Kanton am meisten belasten. Eine Strategie von vielen Eltern ist, dass sie niedrigere Stellenprozente arbeiten und während der Schulzeit Überstunden machen, die sie dann während den Schulferien wieder abbauen. Das heisst, über das Jahr gesehen könnten sie höhere Stellenprozente arbeiten, tun dies aber nicht, weil sie die Ferien irgendwie lösen müssen. Wenn wir hier endlich eine gute Lösung haben, hat das direkt Einfluss auf die Erwerbstätigkeit auch von Müttern in diesem Kanton. Das ist angesichts des Fachkräftemangels wichtig. Wir sprechen hier immer schön von Eltern, in der Realität sind es bei einem grossen Teil der Familien immer noch die Mütter, die diese Thematik ausbaden. So ehrlich müssen wir sein.

Es hat auch viele seltsame Auswirkungen. Es wurde gesagt, dass man das Kind in der Kita lassen könne, wenn man die Ferien nicht organisieren könne. Das machen auch tatsächlich Eltern. Aber wenn Eltern eine Kita auswählen, suchen sie diese nicht unbedingt dort, wo sie wohnen, sondern eher in der Nähe des Arbeitsplatzes. Das heisst, dass die Kinder in einen Kindergarten in der Nähe der Kita gehen müssen, was wiederum bedeutet, dass diese Kinder nicht alleine in den Kindergarten gehen können, sondern die Eltern diese Kinder begleiten müssen. Die Kinder haben die Selbständigkeit des Schulwegs erst in der Primarschule, und ihre Beziehungen können sie nicht in die Primarschule mitnehmen.

Das Votum von Andrea Strahm hat es schön gezeigt. Wer kompensiert die Lücke? Das sind einerseits die Mütter, resp. die Grossmütter. Das ist schon ein Thema. Viele Grossmütter sind oft über 70 oder 75 Jahre alt. Ist man dann noch fit genug, während einer Woche auf diese quirligen Kinder aufzupassen? Es kann nicht sein, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie von diesem privaten Betreuungsnetz abhängt.

Ich sehe hier wirklich einen Gap zwischen der Sicht der Regierung und den tatsächlichen Bedürfnissen der Familie. Aus meiner Sicht ist die aktuelle Ferienbetreuung an den Schulen nicht bedürfnisgerecht ausgestaltet. Deshalb steigen auch diese Zahlen ganz langsam. Es braucht nicht nur einen quantitativen Ausbau, sondern das Konzept muss weiterentwickelt werden. Es braucht einen Namen, der verständlich ist, es muss attraktiv gestaltet sein, und diesen Auftrag möchten wir der Regierung mit dieser Motion geben, auch mit der Möglichkeit, zu schauen, dass es Verbundlösungen gibt.

Ich danke für die Debatte und freue mich, wenn Sie diese Motion jetzt überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Catherine Alioth und weiteren. Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001336, 20.09.23 16:06:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben die Motion überwiesen mit 62 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

28. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend neues Steuerrechnungsmodell, statt Steuerinkasso auf die Unternehmen abwälzen

[20.09.23 16:06:22, 23.5348.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich denke, die Motionäre und die Initiative wollen beide dasselbe, dass der Kanton seine Steuern erhält und dass die Menschen sich nicht verschulden. Die Initiative überzeugt mich aber mehr. Wenn wir wirklich Steuerschulden verhindern wollen, braucht es einen Lohnabzug für Steuern, denn nur mit einem direkten Lohnabzug erhalten die Arbeitnehmenden nur denjenigen Betrag auf ihr Bankkonto ausbezahlt, den sie ausgeben können und dürfen. Dass das Lohnabzugsverfahren, Steuerschulden verhindern hilft, wird durch ein Gutachten von FehrAdvice klar aufgezeigt. Auch die Schuldenberatungsstellen sprechen sich für das Lohnabzugsverfahren aus. Ein wie in der Motion vorgeschlagener freiwilliger monatlicher Abzug würde von Personen mit Geldproblemen bestimmt nur wenig in Anspruch genommen, denn es gibt bereits heute die Möglichkeit von Ratenzahlungen. Das vorgenannte Gutachten zeigt aber deutlich, dass die Menschen meist lieber beim Standardverfahren bleiben.

Mit der Initiative wäre der Standard das Lohnabzugsverfahren und nur wenige Personen würden die Opt-out-Möglichkeit nutzen, also auf den Lohnabzug verzichten. Ein ganz wichtiger Punkt scheint mir, dass von einem direkten Lohnabzug alle profitieren würden. Einerseits hätte der Kanton weniger Steuerverluste, die er abschreiben muss. Im Kanton Baselstadt werden wegen Steuerausständen jährlich fast 10'000 Betreibungsbegehren gestellt. Im Jahr 2015 beliefen sich die Steuerverluste des Kantons auf über 25 Millionen Franken.

Diese Zahlen würden mit einem direkten Lohnabzug stark sinken und genau das muss unser Ziel sein. Für die Steuerverwaltung würde das Lohnabzugsverfahren ausserdem weniger Inkasso-Aufwand bedeuten. Und andererseits gäbe es weniger Verschuldung von Personen aufgrund von nichtbezahlten Steuerrechnungen.

Schulden führen oft zu Sozialisolation und langfristigen Gesundheitsproblemen aufgrund der psychischen Belastung. Dies wiederum hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft: Häufigere Absenzen und tiefere Produktivität sind die Folge. Arbeitgeber würden deshalb vom Lohnabzugsverfahren auch profitieren. Las but Not List würde der direkte Lohnabzug auch jenen Steuerzahlenden gerecht, die ihren steuerlichen Pflichten nachkommen.

Wie die vorliegende Motion richtig schreibt, würde ein Steuerabzug für Arbeitgeber einen gewissen Mehraufwand bedeuten. Extrem gross wäre der Aufwand jedoch nicht, denn für im Ausland wohnhafte Arbeitnehmende muss bereits heute die Quellensteuer abgezogen werden. Auch Sozialversicherungsbeiträge müssen bereits heute vom Lohn abgezogen und weitergeleitet werden.

Ganz wichtig zu erwähnen ist dabei, dass gemäss der Initiative die Arbeitgeber vom Kanton eine finanzielle Abgeltung für ihren Aufwand erhalten sollen, was ich fair und sehr sinnvoll finde. Meines Erachtens sollten Arbeitgeber auch bei der Umstellung in der IT vom Kanton unterstützt werden. Für Kleinunternehmen mit weniger als 10 Angestellten ist der



Lohnabzug gemäss Initiative ausserdem freiwillig. Das Argument der Selbstbestimmung der Menschen verstehe ich nicht ganz, denn Arbeitnehmende können mit der Opt-out-Möglichkeit immer noch auf den Direktabzug vom Lohn verzichten.

Ich persönlich fände es zwar logisch, wenn konsequent von allen Löhnen ein Abzug für die Steuer gemacht würde. Meines Erachtens bräuchte es die Opt-out-Möglichkeit im Lohnabzugsverfahren nicht. Übrigens kennen Deutschland Italien und Österreich auch das Lohnabzugsverfahren für Steuern und sie haben damit gute Erfahrungen gemacht. Weshalb also nicht auch in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt? Ich bitte Sie deshalb im Sinne der Schuldenprävention, diese Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Einzelsprecherin ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Ich bin sehr positiv überrascht über die Worte meines Vorredners Christoph Hochuli. Obwohl alles schon sehr gut gesagt worden ist, werde ich es jetzt noch einmal sagen in meinen, in den Worten der SP-Fraktion. Diese stellt sich nämlich entschieden gegen die Überweisung dieser Motion, weil wir ja gerade Unterschriften sammeln für die genannte Initiative und ich kann Ihnen sagen, es steht so gut wie bereits fest, dass sie zustandekommen wird. Die Motionäre haben anscheinend so Angst davor, dass die Steuern vom Lohn abgezogen werden können, dass sie einen auf den ersten Blick gar nicht so schlechten Vorschlag in Form dieses Vorstosses eingereicht haben. Wenn ich aber lese, was der Kanton alles machen soll, nur um das Lohnabzugsverfahren zu verhindern, frage ich mich schon, warum dieser Ruf nach mehr Staat – denn das ist es zweifelsohne – auf einmal besser scheint, als von Arbeitgebenden zu verlangen, dass sie ein Modell anwenden – ähnlich wie sie es sich ja von der Quellensteuer schon gewohnt sind –, um den Arbeitnehmenden entgegenzukommen.

Dieses Alternativmodell schreit förmlich nach einem Budgetpostulat, um Geld für mindestens eine Stelle zu fordern, die all diese Vorschläge dann umsetzen muss. Und diesen Antrag würden wir dann sehr wahrscheinlich auch unterstützen.

Dass auf der Einladung zur Vorauszahlung der Steuern ein konkreter Betrag aufgeführt wird, begrüssen wir sehr. Für das Einführen von provisorischen Rechnungen braucht das FD aber diese Motion nicht. Das kann es auch ohne Überweisung weiterplanen. Als Vorteil wird genannt, dass es keine Privilegierung von Steuerforderungen des Staates gegenüber anderen privaten Forderungen geben soll. Das ist eine falsche Perspektive, weil erstens geht das gegen die Steuerzahlenden selbst und zweitens muss es doch darum gehen, Massnahmen für eine Schuldenprävention zu generieren, denn Steuerschulden sind das grösste Schuldenproblem von Schweizer Privathaushalten. Diese Problematik wird im vorgeschlagenen Modell von Luca Urgese nicht berücksichtigt, denn mit Schuldenprävention hat das nichts zu tun.

Deshalb ist es für uns auch keine Alternative. Lassen wir doch das Volk entscheiden, ob es die Steuern direkt vom Lohn abgezogen haben will. Das Argument, es sei für die Arbeitgeber zu viel Bürokratie, hält nicht stand, denn in allen anderen Ländern in Europa funktioniert das auch. Und Selbstverantwortung haben Sie immer noch, denn die Steuererklärung müssen Sie nämlich nach wie vor ausfüllen, ob mit direktem Abzug vom Lohn mit provisorischer Rechnung oder mit Dauerauftrag.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Fina Girard.

Fina Girard (GAB): Ich schliesse mich hier meinem Vorredner und meiner Vorrednerin an. Die Steuern stellen in der Schweiz die grösste Schuldenfalle dar, und es sind Schulden, die sich innert kürzester Zeit zu einem kaum bewältigbaren Schuldenberg anhäufen können, eine Belastung, die einem psychisch stark zusetzt und das eigene Leben massiv einschränkt. Steuerschulden sind ein Missstand, den wir dringend angehen müssen. Und daher freut es uns auch, dass auch von bürgerlicher Seite nun ein Vorstoss vorliegt, der bei diesem wichtigen Thema mit anpacken will. Nur leider schlittert diese Motion am Ziel vorbei.

Auch wenn das Mittel der freiwilligen Vorauszahlungen in vielen Fällen sinnvoll ist, so ist es keine effektive Schuldenbekämpfung. Steuerschulden entstehen meist in persönlichen Krisen, dann, wenn jede Rechnung auf dem Schreibtisch und jeder Gang zum Briefkasten eine Belastung wird. In diesen Fällen greift dieser Vorstoss nicht. Es flattert nur ein weiterer Brief oder meinetwegen ein neues E-Mail in den E-Mail-Posteingang.

Und wenn das Konto wieder fast leer ist, was während der aktuellen Teuerung noch schneller geht, hilft auch eine konkrete Zahl auf der Rechnung nichts, wie es der Vorstoss vorschlägt. Zahlen kann man diese Rechnung sowieso nicht. Hier stier auf die Eigenverantwortung von Steuerzahlenden zu beharren ist realitätsfern und wird der Belastung von Verschuldungen nicht gerecht. Uns erscheint diese Motion daher eher ein Versuch zu sein, eine bessere zielführendere Lösung unter dem Vorwand einer Alternative abzuklemmen. Und auch wie Michela Seggiani vorhin gesagt hat: Die Initiative der SP «Keine Steuerschulden dank Direktabzug» befindet sich momentan noch in der Sammelphase und sie wird mit Sicherheit



zustandekommen. Nehmen wir hier der Stimmbevölkerung also nicht einen wichtigen Entscheid vorweg und lassen uns nicht auf eine Scheinlösung ein.

Daher bitten wir Sie vom grünalternativen Bündnis, die vorliegende Motion abzulehnen, damit wir uns den Weg zu einer Lösung nicht verbauen, die zielführender und effektiver wäre.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich habe hin und her überlegt, wie ich mich zum Lohnabzugsverfahren durch den Arbeitgeber stellen soll. Dabei habe ich mich unter anderem gefragt: Warum soll der Staat privilegiert werden? Ist es fair gegenüber den privaten Unternehmen? Das hat mich zögern lassen, aber dann habe ich das verhaltensökonomische Gutachten von FehrAdvice aus dem Jahr 2016 durchgesehen. Das Gutachten geht davon aus, dass sich Menschen an so genannten Referenzpunkten orientieren. Dazu gehört auch der Kontostand, das heisst, wenn sich weniger Geld auf dem Konto befindet hat dies einen Einfluss auf das Konsumverhalten. Ich zitiere aus der Studie: «Der insgesamt tiefere Referenzpunkt führt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu einer insgesamt reduzierten privaten Verschuldung.»

Das leuchtet mir ein. Diese Situation, also eine reduzierte Lohnauszahlung, führt zu einem tieferen Kontostand, und diese Situation führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem reduzierten Konsum und damit zu einer insgesamt reduzierten privaten Verschuldung. Diesen Aspekt gewichtig höher als die Gegenargumente, die wir natürlich auch jetzt schon hören werden.

Deshalb entscheide ich mich im Sinne der Schuldenprävention gegen die Überweisung der Motion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf für die LDP- und die SVP-Fraktion zugleich votieren, und beide Fraktionen bitten Sie, das kann ich vorwegnehmen, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Denn diese Motion ist sinnvoll, hilfreich und beruht auf dem Prinzip der Eigenverantwortung, das sowohl der SVP als auch der LDP sehr wichtig ist, und deshalb soll diese Motion überwiesen werden.

Sie beruht auf einer proaktiven Kommunikation durch die Steuerverwaltung. Rechnungen pünktlich zu begleichen ist eine Organisationsfrage. Seit Rechnungen per Post, per E Mailanhang und neuerlich auch per E-Mail hereinflattern, ist Übersicht und Disziplin gefragt. Verständlich, dass im Alltag das Errechnen des Steuerakontobetrags sowie das Einrichten eines entsprechenden Dauerauftrags untergehen können. Ganz anders sieht dies aus, wenn die Finanzen knapp sind. Das Begleichen von Rechnungen ist dann nicht nur lästige Pflicht, sondern auch schmerzliche Planung darüber, wie viel zum Monatsende übrig oder eben fehlend ist.

Auch hier schafft der Versand von vorgerechneten Akonto-Einzahlungsscheinen durch die Steuerverwaltung Transparenz. Die Steuerlast wird nicht bis zum Erhalt der Steuerrechnung verdrängt oder gar vergessen, sondern erscheint monatlich mit den anderen Rechnungen im Bewusstsein. Diese Ausgangslage hilft auch bei der Konsultation von Anlaufstellen zu Finanz- und Budgetplanung für Personen mit knappen finanziellen Mitteln, denn von Beginn an ist klar, was in etwa noch für die Steuern gefordert wird.

Das ist im Sinne der Schuldenprävention. Aus der Perspektive als HR-Fachfrau und als Lohnverantwortliche eines KMU erhoffe ich mir ebenso einen Folgeeffekt dieser Motion, denn schon heute verlangen Personen, die gegen Ende Monat Mühe haben, ihre Rechnungen und Kosten zu begleichen, einen Lohnvorschuss. Sollte dies durch den monatlichen Versand einer bezifferten Akonto-Rechnung häufiger vorkommen, kann frühzeitig das Gespräch mit der Person gesucht werden, und es kann dabei Unterstützung geboten werden, den Kontakt mit einer Anlaufstelle, die Expertise in Finanz und Budget-Planungsfragen hat, aufgegleist werden sowie auch auf den Anspruch auf Prämienverbilligung aufmerksam gemacht werden. Weitere finanzielle Hilfen können geprüft werden. Das dient der informierten Unterstützung von betroffenen Personen, ohne dass ein pauschaler Mehraufwand für alle Personen, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsteht.

Diese Motion ist also gar kein Ruf nach mehr Staat, sondern nach einem Mecano, der die Eigenverantwortung stärkt, auch die Eigenverantwortung der Personen, die finanziell knapp bei Kasse sind. Und wie ist es denn mit einer Opt-out-Option, die die SP-Initiative vorsieht? Wenn die Finanzen knapp sind, dann opfert man sich auf, damit man ein bisschen mehr liquide Mittel hat, und wenn die Steuerfrist näher kommt, optet man sich wieder in. Das ist dann so ein Hin und Her, und das kann ich mir noch nicht ganz erklären.

Einen obligatorischen Steuerabzug zu fordern, der dies verhindern würde, hat sich die SP nicht getraut. Denn das wäre wahrscheinlich das Mittel, mit dem man den Leuten dann wirklich aufzwingen kann, dass diese Akonto-Zahlungen getätigt werden.



Aber das, meine Damen und Herren, ist dann gar nicht mehr im Sinne der Eigenverantwortung und pure Bevormundung. Das kann auch nicht im Sinne der Schuldenprävention mehr sein, weil dann werden alle Menschen davon tangiert, auch die Personen, die bereits heute ihre Akonto-Zahlungen zahlen können, rechtzeitig planen können. Das ist nicht für alle der Fall, das ist uns auch bewusst, aber das wäre ganz sicher nicht das Ziel. Deshalb steht es wahrscheinlich auch nicht in der Initiative.

Im Namen der LDP- und der SVP-Fraktion bitte ich Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen und dies prüfen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Annina von Falkenstein, ich finde es sehr toll, dass ihr diese Schuldenprävention macht. Es gibt in Zürich extra ein Projekt zur Sensibilisierung von Arbeitgebern, die genau diese Früherkennung machen und dann die Leute, die einen Vorschuss wünschen, an die Stellen verweisen. Es ist tatsächlich das Problem, dass die Leute sehr spät kommen, wenn es sehr spät ist zu helfen.

Ich setze mich jetzt seit zwei Jahren und neun Monaten beruflich mit dem Thema auseinander und möchte Ihnen wirklich hier aus fachlicher Sicht berichten. Das Thema ist ja nicht neu. Es gab schon einmal einen Vorstoss zu diesem Thema, der wurde dann ganz knapp abgelehnt. Da wurde schon sehr viel Denkarbeit geleistet, unter anderem das bereits angesprochene Gutachten von FehrAdvice, erstellt. Das ist wirklich ein unabhängiges Gutachten aus verhaltensökonomischer Sicht. Dort finden Sie alle Antworten auf die Fragen, die Sie auch gestellt haben. Es ist so, dass die Opt-out-Möglichkeit aus fachlicher Sicht am meisten Sinn macht, weil das zielgerichtet auf die Risikogruppe ist, weil es eben verhaltensökonomisch begründet ist, dass, wenn die Default-Einstellung Steuerabzug ist, dann eben genau die Gruppe davon profitiert, die die Möglichkeit, die es ja heute schon gibt, Akonto-Zahlungen zu machen, nicht wahrnimmt und sich steuerlich verschuldet.

Es wurde mehrfach erwähnt, dass die Steuerschulden wirklich ein grosses Thema sind, das grösste Thema der verschuldeten Personen. Es gibt natürlich noch viele andere Gründe für Verschuldung, die jetzt aber nicht das Thema sind. Wir haben uns in der Fraktion überlegt, ob wir die Motion überweisen sollen. Grundsätzlich finden wir die Idee, dass man provisorische Steuerrechnungen verschickt, im Sinne des Service public keine schlechte Idee. Es hat einfach nichts mit Schuldenprävention zu tun. Wenn die Motion explizit in Stellung gebracht wird als Gegenvorschlag zu einer Initiative, die noch gar nicht eingereicht worden ist, dann können wir das nicht unterstützen, denn für die Schuldenprävention erfüllt sie eben das entscheidende Kriterium nicht, und das entscheidende Kriterium ist, dass der Default so eingestellt ist, dass der Steuerabzug über ein Opt out funktioniert. Die Motion schlägt eine Opt-in-Lösung vor, die eben nicht funktioniert für diese Zielgruppe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von von Annina von Falkenstein vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Pascal Pfister (SP):

Annina von Falkenstein (LDP): Verstehe ich richtig, dass Sie nur Vorstösse unterstützen, die der Schuldenprävention dienen und nicht solche, die auch sonst eine gute Idee sein könnten und anderen Personen behilflich sind bei der Planung des Budgets?

Pascal Pfister (SP): Doch, ich habe es versucht zu erklären. Wir finden eigentlich grundsätzlich die Idee nicht schlecht, aber dass sie eben explizit als Gegenvorschlag formuliert ist, unterstützen wir nicht.

Annina von Falkenstein (LDP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.



RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich muss mich Ihnen vielleicht kurz erklären. Wir sind ja bereit, die Motion entgegenzunehmen. Aber es ist tatsächlich nicht so einfach. Die Motionäre haben uns hier vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Luca Urgese, Sie reden von einer Volksinitiative, die noch nicht eingereicht ist. Ich sehe, was Sie wollen, aber die Regierung kann da dazu natürlich noch nichts sagen.

Dann haben Sie ein bestimmtes Modell aufgegriffen, die provisorische Steuerrechnung. Wir haben auch schon einmal öffentlich gesagt, dass wir am Prüfen sind, dies einzuführen. Alle Kantone in der Schweiz haben das, alle ausser wir. Weiter möchten Sie, dass wir einen Gegenvorschlag zu einer Initiative machen, die noch nicht eingereicht ist.

Sie sehen, es gibt ein paar Fragezeichen für uns. Doch diese Motion nicht entgegenzunehmen wäre etwas seltsam, auch wenn wir sowieso schon daran sein, einen Teil zu prüfen. Wir nehmen das jetzt also entgegen. Vielleicht ist ja bis zur Berichterstattung die Initiative eingereicht und vielleicht hat dann der Regierungsrat auch diesbezüglich einen Auftrag.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Die Grünliberalen sehen das nun auch in einer Initiative offenbar vorgeschlagen Steuerinkasso via Lohnabzugsverfahren kritisch. Damit nehme ich noch nicht eine Diskussion oder einen Entscheid zur Initiative vorweg. Wir müssen erst noch prüfen, was die genauen Bestimmungen und Bedingungen sind, die diese formuliert. Da sind wir offen.

Wir haben aber schon am 6. Dezember 2017 mit unseren Stimmen zum Nichteintretensentscheid auf die Gesetzesvorlage beigetragen. Die Kritik am Lohnabzugsverfahren wird in der Motion aufgeführt. Ich persönlich teile diese Kritik, allem voran bin ich nicht überzeugt, dass das Lohnabzugsverfahren das Ziel erreicht, weil die Zielgruppe wahrscheinlich den Lohnabzug ablehnen wird. Christoph Hochuli hat den Wunsch geäussert, dass die Leute das alles so stehenlassen, aber wie Fina Girard gesagt hat, in Krisenzeiten, wo es eng wird, kommt man auf diese Opt-Out-Formel, damit man mehr Geld zur Verfügung hat.

Ich bin also nicht überzeugt. Es gibt weitere negative Punkte. Es ist auch nicht unbedingt nötig, weil das mit einem Dauerauftrag ja auch möglich ist. Und es verursacht relevante Aufwände bei den Arbeitgebenden, die dann entweder von den Arbeitgebenden zu tragen sind oder abgegolten werden müssen. Michela Seggiani sagt, die Motion verursache Aufwände. Aber auch das Lohnabzugsverfahren verursach Aufwände. Da müsste man doch diskutieren können, was jetzt der zielführendere Weg ist.

Es gibt weitere Gründe: Wahrscheinlich wird das komplizierte Fälle verursachen. Ungleichheiten schaffen, kantonale ausserkantonale, und es verändert, wie bereits erwähnt, das Verhältnis von Staat und Bürger und Bürgerin und aicj bezüglich der Selbstbestimmung über die eigenen Finanzen.

Ich muss aber sagen: Wir Grünliberalen haben immer anerkannt, dass Steuerschulden für einen relevanten Teil der Bevölkerung in Basel ein Problem sind, und dass Steuerschulden auch bedient werden sollen. Steuerschulden sind Ausstände, welche der Allgemeinheit geschuldet sind und daher ist es legitim, Massnahmen zu ergreifen, dass die Steuern auch bezahlt werden.

Gerade darum begrüssen wir die vorliegende Motion. Sie zeigt einen Weg auf, wie Steuern verstärkt eingetrieben und ausstehende Steuerschulden besser vermieden werden können, ohne das Lohnabzugsverfahren. Wir verstehen die Motion als einen Schritt zu einem möglichen Kompromiss, mit dem ein anerkanntes Thema nun angegangen werden kann. Wir verstehen die Motion in dem Sinne auch als einen verbindlichen Anstoss, eine Lösung zu erarbeiten. Allenfalls kommt man im Prozess der Verarbeitung der Motion auf weitere sinnvolle Ansätze. Solche Ideen können aus unserer Sicht gerne aufgenommen werden und zu einem zweckmässigen Kompromiss verarbeitet werden.

Es wurde gesagt, man solle der Stimmbevölkerung doch nun die die Gelegenheit geben, abzustimmen, ob sie das will oder nicht. Aber man kann ja beides machen. Man kann ja einen möglichen Kompromiss erarbeiten, dann haben die Stimmenden die Möglichkeit zu sagen, ob sie das Lohnabzugsverfahren wollen oder den Kompromiss. Das ist ein besserer Entscheid als »Wir wollen das Lohnabzugsverfahren oder gar nichts«.

Es werden also keine demokratischen Rechte oder demokratischen Prozesse beschnitten, im Gegenteil, er wird erweitert und bereichert. Der Motion hängt alleine etwas der formelle Missstand an, dass die Initiative noch gar nicht eingereicht ist und die Regierung daher eigentlich noch nicht formell auf einen Gegenvorschlag verpflichtet werden kann. Aber ich denke, da kann man ein Auge zudrücken. Die Motion zeigt in eine richtige und wichtige Richtung in diesem Thema, das wir mit einer breiten Auslegeordnung diskutieren müssen. Deswegen bitte ich Sie, die Motion zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Pascal Pfister vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Pascal Pfister (SP): Gehen Sie mit mir einig, dass ein Kompromiss ein Aufeinanderzugehen von zwei Personen ist und es deshalb besser wäre, von Alternativvorschlag als von einem Kompromiss zu sprechen?

David Wüest-Rudin (GLP): Von mir aus, dann ist es ein Alternativvorschlag. Die Stimmenden sollen entscheiden können, entweder die Initiative oder den Alternativvorschlag anzunehmen.

Pascal Pfister (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Somit hat Motionär Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Es gibt viele Gründe, die gegen einen direkten Lohnabzug der Steuern sprechen, auf den diese Motion eine Antwort ist, grundsätzliche aber auch ganz praktische Gründe. Zuerst zu den grundsätzlichen Gründen und zur ganz fundamentalen Frage des Umgangs mit den Bürgerinnen und Bürgern: Wenn wir feststellen, dass ein Teil der Bevölkerung Probleme mit dem Umgang mit Geld hat, wollen wir das Problem einfach anderen übertragen und diese dazu zwingen, das Problem für sie zu lösen? Oder wollen wir diese betroffenen Menschen befähigen, mit dem Problem eigenständig und mündig umzugehen, sie in diesem konkreten Fall befähigen, mit dem eigenen Geld eigenverantwortlich umzugehen? Bevormunden oder befähigen? Das ist die Grundsatzfrage, die sich im Kontext des Lohnabzuges stellt.

Zweitens, wie diese bereits vielzitierte Studie von FehrAdvice von 2016 ausführt und was wir auch sonst aus der Verhaltenspsychologie oder -ökonomie wissen, ist es schmerzhafter, etwas wegzugeben, das sich bereits im eigenen Besitz befunden hat. Und das trifft den Nagel perfekt auf den Kopf. Ja, ich bin der Meinung, dass Steuern schmerzhaft sein müssen, nicht in ihrer Höhe – Sie wissen bestens, dass ich in vorderster Front für tiefere Steuern einstehe –, sondern in dem Sinne, dass man spüren muss, dass dieser Staat und alles, was wir hier drin beschliessen, die Steuerzahlenden etwas kostet und dass es sie viel kostet.

Besonders entlarvend ist auch der Passus dieser Studie, der sagt: «Der Teil des Einkommens, der den Steuern zugedacht ist, wird erst gar nicht als Besitz wahrgenommen.» Man muss sich vor Augen führen, welches Staatsverständnis dem zugrunde liegt. Die Steuern werden hier nicht verstanden als Forderung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern, denen gegenüber er rechenschaftspflichtig ist, nein, das Geld, das die Menschen erarbeiten, soll ihnen gar nie erst gehören. Dann merken Sie auch nicht, wie viel der Staat Ihnen abnimmt.

Und schliesslich drittens: Mit einem gesetzlich verordneten Lohnabzug privilegiert sich der Kanton als Steuergläubiger selbst gegenüber privaten Gläubigern. Das ist weder legitim noch ist es gerecht. Damit stellt der Staat sich und seine Forderung über diejenigen der Privaten. Das ist vom Gesetzgeber, zumindest vom Bundesgesetzgeber, nicht gewollt und entspricht ebenfalls nicht unserem Staatsverständnis.

Und dann gibt es die praktischen Gründe. Zwei wichtige gehen ebenfalls aus der bereits genannten FehrAdvice-Studie hervor, und ich bin froh, dass diese in der Debatte so häufig erwähnt wurde. Ich hoffe einfach, dass auch die Kollegen Christoph Hochuli und Thomas Widmer-Huber haben Sie nicht nur die Titel gelesen, sondern auch den ganzen Text. Die Studie stellt nämlich fest, dass insbesondere Menschen, die bereits verschuldet sind oder solche, die den kurzfristigen Konsum besonders hoch gewichten, sich vermehrt herausoptieren werden. Wir werden also einen wesentlichen Teil der Personen, die mit diesem Lohnabzug anvisiert werden, gar nicht erreichen, und das sagt FehrAdvice über die Initiative. Zu diesem Zweck wurde sie ja schliesslich erstellt. Also muss ich mir schon die Frage stellen, ob denn das Ziel, die Verschuldung zu reduzieren, tatsächlich erreicht wird diesem Vorschlag.

Wir schaffen aber eine klare Mehrbelastung, insbesondere, auch das hat die FehrAdvice-Studie ausführlich dargelegt und ehrlich zugegeben, für kleinere arbeitgebende KMU, die wir schon mit genug anderen Aufgaben, die ihnen vom Staat auferlegt werden, belasten – so von wegen KMU-Freundlichkeit, lieber Beda Baumgartner. In dieser FehrAdvice-Studie ist es bezüglich KMU-Freundlichkeit mit einer roten Ampel gekennzeichnet.

All das kann man sagen, ohne das Problem der Verschuldung im Allgemeinen oder Steuerschulden im Speziellen zu negieren, weshalb auch diese Motion dieses Problem anerkennt und eine Alternative aufzeigt, wie dem Problem begegnet werden kann, eine Alternative, welche zuerst die Möglichkeiten des Staates ausschöpfen will, bevor die Wirtschaft belastet wird, eine Alternative, welche die Verantwortung für das kantonseigene Steuerinkasso nicht der Wirtschaft abdrückt, sondern beim Kanton belässt, eine Alternative, welche die Steuerpflichtigen aktiv dabei unterstützt, ihre Steuerzahlungen zu planen und fristgerecht zu leisten. Dass die Ratslinke und leider offenbar auch die EVP nicht dazu bereit sind, dieses Modell dem Modell des Lohnabzugsverfahrens gegenüber zu stellen und das Problem mit weniger Eingriffen in die Wirtschaft anzupacken, ist zwar nicht überraschend, aber entlarvend. Es zeigt sich, dass es wichtiger ist, das Problem im Hinblick auf die Wahlkampfinitiative für die nächsten Wahlen zu bewirtschaften. Ich danke all jenen Kolleginnen und Kollegen, die wie der



Regierungsrat dazu bereit sind, den hier vorgeschlagenen Ansatz auszuprobieren und somit den betroffenen Menschen ganz direkt zu helfen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Andrea Strahm und die andere von Pascal Pfister. Werden diese angenommen? Sie werden angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Geben Sie mir in Bezug auf die Verzinsung von Vorauszahlungen recht, dass bei Ihrer Lösung der Steuerschuldner von der Verzinsung profitiert, beim Lohnabzug das aber nicht gesichert ist?

Luca Urgese (FDP): Ja, ich bin felsenfest überzeugt, dass mein Vorschlag die bessere Lösung ist.

Andrea Strahm (Mitte-EVP):

Pascal Pfister (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Wir reden ja zwar eigentlich nicht über die Initiative, aber wir tun es eben doch. Ich wollte einfach darauf hinweisen, es gibt einen Passus, dass für Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitern die Teilnahme fakultativ ist. Ist Ihnen das bekannt?

Luca Urgese (FDP): Ja, das habe ich gelesen, aber auch Unternehmen, die mehr als zehn Mitarbeitende haben, sind KMU, und diese haben wirklich mehr Freude daran, für ihre Kunden da zu sein und neue Produkte zu entwickeln, als für den Staat Steuern eintreiben zu müssen.

Pascal Pfister (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Christoph Hochuli und Konsorten.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 44 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001338, 20.09.23 16:41:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben die Motion überwiesen mit 49 JA-Stimmen bei 44 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.



29. Motion Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten

[20.09.23 16:41:22, 23.5349.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen und es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

41. Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Voraussetzungen für den Bezug von kantonale Beihilfen

[20.09.23 16:42:09, 23.5243.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Annina von Falkenstein (LDP): Dieses Mal bestreite ich wirklich und bitte Sie im Namen der LDP-Fraktion, diesen Vorstoss nicht zu überweisen und zwar aus folgenden Gründen: Es besteht aktuell kein Anlass, den Zugang zu bewährten Sozialleistungen weiter zu erleichtern, geschweige denn, sie weiter zu erhöhen und noch mehr Personen zugänglich zu machen. Alle drei Forderungen werden in diesem Anzug laut. Andere Kantone haben sogar strengere Bedingungen an die Wohnsitzpflicht oder kennen weit weniger Sozialleistungen als Basel-Stadt.

Die Gesamtheit der Sozialleistungen in unserem Kanton ist bereits heute überdurchschnittlich. Die LDP engagiert sich seit jeher auch für Menschen, die Hilfe vom Staat brauchen. Die LDP sieht aber auch Bedarf aufzupassen, dass die Schere zwischen dem Mittelstand von Leuten, die alles selber bezahlen, von der Wohnung über die Ausbildungskosten, die Krankenkassenprämien, die Strom- und Heizrechnungen und die obendrauf auch noch Steuern bezahlen und Personen, die aufgrund ihrer Situation staatliche Unterstützung brauchen und diese auch erhalten sollen.

Das ist eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der wir von der LDP durch sorgfältiges Abwägen statt pauschalem Ausbau entgegenwirken möchten. Im Sinne dieser sozialen Schere, die nicht weiter aufgehen soll, bittet Sie die LDP um Ablehnung dieses Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Das GAB unterstützt den Anzug von Amina Trevisan und bittet Sie, diesen Anzug der Regierung zu überweisen.

Einmal mehr zeigt sich in der Kreuztabelle, welchen Parteien die soziale Ausgangslage der Menschen wichtig ist und am Herzen liegt. Für mich ist völlig unverständlich, weshalb die FDP, LDP und SVP einmal mehr hier nicht Hand bieten wollen. Die Umsetzung dieses Anzugs ist sinnvoll und vor allem leicht umsetzbar. Erstens gibt es diese notwendige Unterstützung in Basel schon seit langem und diese Beihilfen sind für Menschen mit geringen finanziellen Einkommen von grosser Bedeutung und stärken unmittelbar die Kaufkraft von älteren Menschen und Menschen mit einer Invalidenrente, welche auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind.

Die kantonalen Beihilfen bieten einen sehr wichtigen Beitrag zur Armutsprävention und eine Erhöhung des Betrags sowie eine Ausweitung auf Menschen, die bis anhin noch vom Bezug ausgeschlossen sind, ist nun wirklich angezeigt und können wir uns auch leisten. Wenn nicht jetzt, wann dann? Die Altersarmut ist ein grosses gesellschaftliches Problem, dem wir mit allen Mitteln begegnen müssen. Altersarmut ist mit grosser Scham besetzt, macht krank und einsam. Frauen sind von dieser Gefahr zudem überproportional mehr betroffen. Sie kennen sicher auch jemanden, die über keine oder nur eine tiefe



Pensionskassenrente verfügt und nicht alle verfügen über ein Konto bei der dritten Säule und über Vermögen, um dies zu kompensieren.

Diese Menschen sind daher auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Gerade jetzt, wo die Mietkosten, Energiekosten, die Heiz- und Nebenkosten sowie die Gesundheitskosten viele Menschen sehr belasten, macht es Sinn, dass mehr Menschen von den kantonalen Beihilfen profitieren können, um der allgemeinen Teuerung zu begegnen und Verschuldung im Alter zu verhindern. Hier tragen wir als Parlamentarier:innen dieses Kantons eine Verantwortung.

Und übrigens, die Pro Senectute schreibt auf ihrer Webseite deutlich: Altersarmut hat viele Gesichter, am stärksten betroffen sind Frauen, ausländische Staatsangehörige sowie Personen mit tiefer Bildung. Armut stellt ältere Menschen nicht nur vor finanzielle Herausforderungen, sondern wirkt sich auch auf die Gesundheit, Zufriedenheit und Einsamkeit aus. Die Präsidentin, des Stiftungsrats der Pro Senectute Basel-Stadt ist übrigens unsere Nationalrätin Patricia von Falkenstein. Umso unverständlicher ist die Position der LDP und der FDP. Aber vielleicht ist es halt so, wie ich es vermute, dass nämlich die Frage über Sinn und Zweck von kantonalen Beihilfen zu einer Klassenfrage wird. Weil die eigene Klientel fernab von Armut und Angst vor sozialem Abstieg ist, gehören die Erhöhung der Beihilfen oder andere soziale Sicherheiten nicht ins Denkmuster. Allen anderen danke ich für die Überleistung des Anzugs.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist die Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Das war jetzt ein Votum der Klassenkampfrhetorik von Oliver Bolliger, so wie wir es von ihm gewohnt sind. Das ist auch nicht schlimm. Das darf er als Vertreter der BastA! so auch halten. Bleiben wir aber doch bitte bei den Fakten und da hat der Annina von Falkenstein auch etwas sehr Gutes bereits gesagt. Wie steht der Kanton Basel-Stadt da? Wie unterstützt er seine Mitbewohnerinnen und Mitbewohner? Dann kann man sicher feststellen, dass der Kanton Basel-Stadt hier auf den vordersten Positionen ist. Auch was die Wohnsitzpflicht anbelangt, ist er schon weitaus lockerer als andere Kantone.

Jetzt hier einerseits die Verkürzung der Wohnsitzpflicht zu fordern und dann gleichzeitig auch im gleichen Vorstoss noch die Frage betreffend der Höhe zu stellen, dünkt uns jetzt doch ein wenig das Fuder zu überladen. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass für viele Menschen in diesem Kanton die Belastung sehr hoch ist. Diese Leute werden wahrscheinlich auch wenig Verständnis dafür haben, dass man so viel Geld für eine Ständeratsfeier ausgeben kann. Ja, da bin ich bei Oliver Bolliger. dieses neofeudale Gehabe geht mir auch auf die Nerven. Aber es geht hier um etwas Grundsätzliches, nämlich wie wir unsere Bürgerinnen und Bürger entlasten. Und es ist tatsächlich so, dass vor allem der Mittelstand bei uns unter die Räder kommt. Das hat auch Annina von Falkenstein bereits gesagt. Diejenigen, die alles noch selber bezahlen müssen, leiden am meisten unter diesen hohen Miet- und Energiekosten in unserem Kanton und in der ganzen Schweiz. Aber die teuren Energiekosten sind eine selbst verursachte Situation von Oliver Bolliger und seinen Freunden der linken Seite. Die teuren Mietkosten haben wir unter anderem deshalb, weil wir eine missratene Energiepolitik in diesem Lande haben, weil wir unnötig aus Technologien aussteigen und weil wir insbesondere verhindern, dass neuer Wohnraum geschaffen wird, weil wir ein zu strenges Wohnraumgesetz in diesem Kanton haben.

Das ist die Ausgangslage und dort glaube ich, könnten wir gemeinsam schauen, dass wir unsere Bevölkerung entlasten. Dann würde es eben auch keine Erhöhung der Beihilfen benötigen, weil dann alle genug zum Leben haben. Es gibt noch einen weiteren Aspekt, den Annina von Falkenstein so nicht erwähnt hat, aber ich glaube, das gehört ein bisschen zu ihren ersten Aussagen. Wir müssen schon ein bisschen aufpassen, dass wir keine Sogwirkung schaffen. Wenn wir in diesen interkantonalen Vergleichen bei allen diesen Unterstützungsmassnahmen grosszügiger sind als der Durchschnitt der Schweiz, dann besteht natürlich die Gefahr, dass der Kanton Basel-Stadt erst recht zu einem Hotspot wird für Menschen, die ganz bewusst auch von diesen Sozialleistungen profitieren möchten. Es gibt ganz viele, die davon nicht Profit profitieren möchten, weil sie tatsächlich zu kämpfen haben. Aber es gibt auch einige andere.

Wir glauben, hier braucht es deshalb ein gutes Mittelmass. Der Kanton Basel-Stadt, die Regierung ist nicht bekannt dafür, mit den Sozialhilfeempfängern oder mit Empfängern von Beihilfen ungrosszügig vorzugehen. Man ist sogar sehr kreativ. Ich möchte daran erinnern, dass der Kanton erst vor wenigen Wochen über den Swisslos-Fonds Gelder gesprochen hat für die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren für die Mietnebenkosten, in der Höhe von fast einer halben Million Franken. Den Swisslos-Fonds dafür zu benutzen, ist eine sehr kreative Lösung. Aber nun gut, nun hat das der Regierungsrat so beschlossen.

Also ich glaube, hier ist der Kanton Basel-Stadt schon heute sehr gut unterwegs und deshalb ist dieser Vorstoss aus unserer Sicht nicht notwendig und wir bitten Sie, ihn deshalb abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Nicole Amacher.



Nicole Amacher (SP): Die Armut und die Altersarmut in der Schweiz nehmen nachweislich zu und es steht schon im Vorstoss, gemäss Erhebungen von Pro Senectute sind schweizweit rund 200'000 Personen wirklich armutsbetroffen und weitere 100'000 leben an der Armutsgrenze. Was heisst das, armutsbetroffen zu sein im Alter? Man muss mit 2'279 Franken auskommen. Das sind Fakten. Davon bezahlt man den allgemeinen Lebensunterhalt mit Nahrungsmittel, Kleidung, Hygieneartikel, Mobilität, Telefonieren, Serafe-Rechnungen sowie Wohnkosten. Und Wohnkosten, wir wissen es, sind teuer wie alle anderen Kosten, die ich aufgezählt habe. Man muss davon auch noch Versicherungen bezahlen.

Knapp darüber sind eben weitere 100'000 Personen im Rentenalter. Das ist schweizweit so, das ist aber auch ein Thema in Basel-Stadt. Armut betrifft viele Person, aber insbesondere natürlich auch ältere Menschen, und wie es Oliver Bolliger schon gesagt hat, müssen diese Menschen nicht nur finanzielle Akrobatik vollführen. Es ist auch erwiesen, dass sich das auf die Gesundheit auswirkt, auf die Zufriedenheit und oft sind armutsbetroffene Menschen auch sehr einsam, denn wer arm ist, kann am gesellschaftlichen Leben nur beschränkt teilhaben.

Dass so viele Menschen in der Schweiz so leben, ist bedenklich und für sie und für uns als Gesellschaft eigentlich unwürdig. Und es muss auch gar nicht so sein. Es braucht unsere Anstrengungen, dies zu verändern, auch in Basel-Stadt, auch wenn wir ein gut ausgebautes Sozialleistungssystem haben. Unter anderem können wir die Zugänglichkeit noch sehr verbessern. Die Betroffenen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sind Leute, die in ihrem Erwerbs eben oft in sogenannten Tieflohnbranchen gearbeitet haben. Sie haben körperlich anstrengende Arbeiten verrichtet. Sie waren im Verkauf, in anderen Dienstleistungen, im Handwerk, im Bau und in der Pflege, Reinigung usw. tätig. Sie haben also wirklich hart gearbeitet. Am meisten betroffen davon sind Frauen und Menschen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit, wie Oliver Bolliger schon gesagt hat. Sber sie alle haben einen Beitrag dazu geleistet zu unserem Wohlstand in diesem Land und für viele Annehmlichkeiten, die wir im Alltag so hinnehmen dürfen, wie eben der Gang zur Frisörin oder zum Frisör, Pflege und so weiter.

Wenn jetzt diese Menschen im Rentenalter sind und ihnen die AHV- oder die IV-Leistungen nicht reichen, dann müssen oder dürfen sie Ergänzungsleistungen beantragen, sofern sie denn wissen, dass sie das können. Das ist die Voraussetzung, dass überhaupt Beihilfen beantragt werden können. Paradoxerweise nimmt die Armut und Altersarmut zu und die Ausgaben, auch bei uns in Basel-Stadt, für die bedarfsabhängigen Sozialleistungen wie die Beihilfen sinken.

Was ist da falsch? Die Armutsbetroffenen wissen offenbar nicht, dass sie Anspruch haben und/oder die Zugangshürden sind zu hoch. Beihilfen müssen die Betroffenen eher beantragen, und das wissen viele nicht. 29 Prozent der Anspruchsberechtigten auf Ergänzungsleistungen wissen es nicht, und der Kanton hat gesagt, er möchte Bestrebungen machen, dass dies besser wird. Das hat nämlich eine Studie, die das ASB in Auftrag gegeben hat, so gezeigt. Bei der Beihilfe ist es so, dass wir die Hürde von 15 Jahren Wohnsitz auf 10 Jahre reduzieren möchten. Das gibt keine Sogwirkung. Niemand plant schon 20 Jahre im Voraus, dass er dann im Alter in Basel wohnt, weil er 10 Jahre hier gewohnt haben muss, damit er dann die kantonale Beihilfe beantragen kann.

In dem Sinne bitte ich Sie mitzuhelfen, die Zugänglichkeit zu den Sozialleistungen zu erhöhen, die anspruchsberechtigte Personen in Anspruch nehmen können und bitte Sie, diesen Vorstoss zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugstellerin Amina Trevisan das Wort.

Amina Trevisan (SP): Armut im Alter ist eine verdrängte Realität. Der Kanton Basel-Stadt muss sich aber zur Armutsbekämpfung klar bekennen. Unser Augenmerk sollte sich auf die Schere zwischen Arm und Reich richten und nicht auf die Schere zwischen Arm und Mittelstand. In der Schweiz sind rund 200'000 Personen im Pensionsalter armutsbetroffen, die mit weniger als 2'279 Franken pro Monat auskommen müssen, und wir haben es schon gehört, insgesamt sind 300'000 Personen im Pensionsalter armutsgefährdet.

Auch in Basel gibt es Altersarmut, trotz AHV und Ergänzungsleistungen. Von Armut im Alter sind aber vor allem Frauen, Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit und Menschen mit fehlenden oder nicht anerkannten Bildungsabschlüssen betroffen. Reichen die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV nicht zur Deckung des allgemeinen Lebensbedarfs aus, gewährt der Kanton Basel-Stadt zusätzliche Leistungen und erhöht damit die bundesrechtlichen Ergänzungsleistungen. Der Kanton Basel-Stadt richtet daher nach kantonalem Recht die sogenannte Beihilfe aus.

Anspruch auf den Bezug von Beihilfen haben gegenwärtig nur Personen, die während den letzten 15 Jahren insgesamt 10 Jahren Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt hatten. Mit der Wohnsitzvoraussetzung für den Bezug von Beihilfen werden Menschen im Pensionsalter ausgeschlossen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, allerdings sehr von den zusätzlichen Leistungen profitieren würden. Mit einer Erhöhung der Beihilfe geht zudem eine Verbesserung der Lebensqualität von AHV- und IV-Rentnerinnen mit Anspruch auf Ergänzungsleistungen einher.

Was können wir konkret tun, um Armut im Alter zu bekämpfen? Nun, die Informationen und der Zugang zu kantonalen Beihilfen sollten niederschwelliger gemacht werden, denn viele Menschen wissen gar nicht, dass es kantonale Beihilfen gibt



oder was sie sind. Zudem kommt es vor, dass ältere Menschen ihren Wohnsitz ändern, weil sie zum Beispiel in eine kleinere Wohnung wechseln wollen oder gar müssen. Geht aber der Bezug einer neuen Wohnung gleichzeitig mit einem Kantonswechsel einher, sollen diese Menschen nicht bei der Inanspruchnahme von kantonalen Beihilfen benachteiligt sein. Es handelt sich nicht um eine Sogwirkung.

Wir möchten, dass die Wohnsitzvoraussetzung für den Bezug von Beihilfen in dem Sinne verändert wird, dass Personen Anspruch auf den Bezug von Beihilfen haben können, die während den letzten 10 Jahren, statt wie bisher 15 Jahren, 5 Jahre, statt wie bisher 10 Jahre, den Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt hatten. Dadurch sind mehr Menschen berechtigt, Anspruch auf kantonale Beihilfe zu erhalten. Zudem möchten wir, dass die Höhe der kantonalen Beihilfen angemessen aufgestockt werden, und schliesslich möchten wir erwirken, dass die Einkommensgrenzen, und damit gemeint ist der Einnahmeüberschuss, für die kantonalen Beihilfen angemessen erhöht werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001342, 20.09.23 17:02:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 58 Ja-Stimmen bei 33 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

31. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Ergänzungsleistungen - persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen

[20.09.23 17:02:16, 23.5244.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.,

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

32. Anzug Joël Thüning und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz

[20.09.23 17:02:44, 23.5253.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.



33. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention

[20.09.23 17:03:17, 23.5267.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dieser wird von Joël Thüring bestritten.

Joël Thüring (SVP): Ich bestreite im Namen meiner Fraktion diesen Vorstoss. Wir können an das Votum vorher anlässlich des Vorstosses von Amina Trevisan anschliessen. Wir sind wirklich nicht der Meinung, dass wir im Bereich der Sozialhilfe eine ergänzende oder eine zusätzliche Massnahme seitens des Kantons brauchen. Wir sind hier auf gutem Weg, auch im interkantonalen Vergleich. Mich dünkt es ein wenig, Sie vergessen, wer in diesem Thema federführend ist. Das ist ein Regierungsrat ihrer Regierungskoalition. Das WSU ist seit vielen Jahren oder fast schon Jahrzehnten in linker Hand. Wir haben seit vielen Jahren eine linke Mehrheit in der Regierung, und Sie versuchen hier permanent an einem System zu schrauben, wo wir doch heute schon sehen, dass es eigentlich perfekt funktioniert. Wir haben die entsprechenden Hilfen dort, wo sie notwendig sind. Wir brauchen nicht ergänzende Massnahmen, wir brauchen keine Erhöhungen. Wir sollten viel eher dafür sorgen, dass wir die Bevölkerung, die in diesem Kanton noch alles selber bezahlt, entlasten. Das schaffen wir, indem wir dafür sorgen dass es weniger Bürokratie gibt, dass die Steuern tief sind – das haben wir jetzt mit einem Steuerpaket auch gerade erst beschlossen – und dass wir die Bevölkerung überall dort entlasten, wo die Kosten steigen: das ist bei der Energie, das ist bei den Preisen für den Strom, bei den Mietzinsen. Dort können wir durch kluge kantonale Politik Kosten für die Menschen reduzieren. Bei den Krankenkassenprämien sind die kantonalen Möglichkeiten tatsächlich etwas gering.

Bei diesen Kosten müssen wir vor allem ansetzen. Ich habe von den Linken dazu bisher sehr wenig konkrete Vorschläge gehört. Wir haben dazu konkrete Ideen, die sie dann aber jeweils unterstützen, gerade wenn es in der Wohnraumpolitik darum geht, noch genügend Wohnraum zu schaffen. Deshalb glauben wir, braucht es diese Vorstösse hier allesamt nicht und ich bitte Sie, auch diesen Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

Melanie Nussbaumer (SP): Joël Thüring, man hat gemerkt, dass Sie den Vorstoss nicht gelesen haben. Es geht hier um die Sozialhilfe. Es geht nicht um allgemeine Armutsprävention, sondern um Leute, die in die Sozialhilfe rutschen. Das sind die, die am untersten Rand sind. Wenn Sie da von Steuersenkungen sprechen, ist das einfach nur ein Hohn. Wir reden darüber, ob man 8'000 Franken Vermögen auf der Seite haben kann oder 4'000 Franken Vermögen haben kann, um in die Sozialhilfe zu gehen. Da ist es völlig absurd, von Steuersenkungen sprechen, weil das diese Leute nicht betrifft. Diese Leute brauchen andere Hilfestellungen.

Vielleicht hat das tatsächlich mit dem Regierungsrat zu tun, dass wir jetzt mehr sozialpolitische Vorstösse einreichen, weil wir in der sozialpolitischen Frage nicht mehr eine Mehrheit haben. Sie wissen ganz genau, dass der Vorsteher des WSU nicht alles allein entscheiden kann, auch jetzt nicht, wie auch früher schon nicht. Und dann noch eine weitere Antwort an Sie: Die Sozialhilfe übernimmt sowieso schon die Krankenkasse, Ihre Lösungsansätze bringen auch in dieser Frage nichts.

Es ist es geht hier wirklich um die Leute, die wirklich kein Geld haben, die wirklich am Rand der Gesellschaft sind, und es geht darum, zu welchem Zeitpunkt wir ihnen einen Rettungsringring zuwerfen. Warten wir, bis die Leute kurz vor dem Abtauchen sind und keine Energie mehr haben, also wenn sie weniger als 4'000 Franken haben? Dürfen sie erst dann in die Sozialhilfe kommen? Oder dürfen sie vielleicht schon ein bisschen früher kommen? Dürfen sie sich schon ein bisschen früher an dem Schwimmring festhalten, damit sie noch ein bisschen mehr Energie haben und ein Polster haben, um auch wieder schneller davon loszukommen?

Schlussendlich ist es im Interesse von uns allen, dass diese Leute nicht ewig in der Sozialhilfe bleiben, sondern sich wieder ablösen können. Das ist übrigens auch im Interesse der Sozialhilfebeziehenden und das geht einfach schneller, wenn sie ein kleines Polster haben. Deshalb sollen Einzelpersonen 8'000 Franken auf der Seite haben dürfen, auch wenn sie in der Sozialhilfe sind.

Die SP-Fraktion war schon bei den vorherigen Vorstössen dafür, dass man das grundsätzlich erhöht und nicht nur während der Coronapandemie, und das ist jetzt der richtige Anzug, um das eben grundsätzlich zu erhöhen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.



Jo Vergeat (GAB): Vielleicht gab es kurz ein Missverständnis. Wir reden gar nicht über den Mittelstand. Wir reden über diese Menschen, die in den prekärsten Lebensumständen versuchen, ein Teil unserer Gesellschaft zu sein und dieses Leben zu bestreiten. Und letzte Woche war ich hier drin an einem Podium zu unserer Bundesverfassung, und von mehreren Personen auf dem Podium – nicht nur von der linken Seite - wurde ein Teilsatz unserer Bundesverfassung zitiert, als extrem wichtiger Grundsatz, nämlich dass dem Schweizervolk und den Kantonen gewiss ist (...), dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.

Und darum reden wir heute nicht über irgendwelche Stakeholder in irgendeinem System, sondern über Menschen, die im politischen Absicherungsnetz aufgefangen wurden und es darin trotzdem ganz schwierig haben. Die Stigmatisierung von Armut und insbesondere von Menschen, die in der Sozialhilfe sind, wird gerade hier drin immer wieder befeuert. Aber ich muss Sie enttäuschen, es gibt sie nicht, diese eine Geschichte, die auf alle Menschen in der Sozialhilfe zutrifft. Es gibt nämlich Hunderte unterschiedliche Lebensgeschichten und Umstände, die zu einem Bezug von Sozialhilfe führen. Ich glaube, daran müssen wir unsere Massnahmen messen und nicht an einigen wenigen Beispielen.

In der Sozialhilfe landet zum Beispiel ein Vater, der aus dem Arbeitsmarkt gefallen ist, vielleicht wegen einer psychischen Erkrankung, und den Wiedereinstieg nur schwierig findet. Oder eine Person, die mit 53 Jahren aus dem Arbeitsmarkt fällt und keine neue Stelle vor ihrer Pension findet. Der Schritt in die Sozialhilfe ist kein leichter. Wir sagen das manchmal hier so zynisch, dass wir ein perfekt funktionierendes System haben. Ja, das System funktioniert, aber nur weil es funktioniert, heisst das nicht, dass es die perfekte Lösung ist. Es ist unendlich schwierig, wenn man mit Menschen spricht, die in der Sozialhilfe sind. Dann spürt man das, dann weiss man das, es sie ist unglaublich wenig Geld übrig am Ende des Monats, es ist ein stetiger Kampf und überhaupt kein Leben auf dem Ponyhof.

Also müssen wir damit aufhören. Ich glaube, wer auf die Sozialhilfe angewiesen ist, macht sich komplett abhängig vom Staat und zusätzlich auch noch von seinem Umfeld. Der bürokratische Aufwand ist hoch, das vielleicht zu Recht, aber die Stigmatisierung ist noch viel höher. Es ist kein gemütliches Leben ohne Arbeit. Nein, jede Ausgabe wird gerechtfertigt, muss gerechtfertigt werden, und die Teilhabe an der Gesellschaft, die ganz normale Dinge für uns bedeuten, sind immer eine hohe finanzielle Hürde.

Darum wäre gerade diese Massnahme, nämlich den Freibetrag des Vermögens, der jetzt sehr niedrig ist, anzupassen, eine wichtige Massnahme. Sie bietet ein klein bisschen Spielraum. Diese 4'000 Franken mehr bedeuten Flexibilität. Sie bedeuten vielleicht auch Teilhabe am System. Wir alle wissen, wie das Leben spielt. Manchmal kommt eine unerwartete Ausgabe, manchmal ist sie sogar freudig. Es ist ein Geburtstagsfest, das man für das Kind organisieren möchte oder eine traurige Zusammenkunft der Familie in der Ferne, weil vielleicht ein Familienmitglied gestorben ist. Es sind ganz kleine Dinge, die vielleicht für Studentinnen und Studenten auch schwierig aufzubringen sind, aber die wir alle aufzubringen versuchen. Dieser Freibetrag des Vermögens schafft ein klein wenig Raum für Normalität.

Und glauben Sie mir, damit wird keine Sogwirkung verursacht. Ich glaube auch nicht, dass jemand, der Sozialhilfe beantragt und an einem so schwierigen Punkt in seinem Leben steht, denkt: Ach, jetzt gehe ich noch ganz weg von meinem Umfeld, jetzt gehe ich weg von allem, was ich kenne, und ich sehe im Kantonsvergleich, oh in Basel, da kann ich sogar noch 4'000 Franken mehr von meinem Vermögen behalten. Ich glaube, das ist einfach eine sehr fremde Vorstellung, die wir davon haben.

Mit dieser Verstetigung einer jetzt schon effektiven Massnahme können wir mit einer ganz kleinen Handreichung einen grossen Unterschied machen. Darum glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir als Kanton vorausgehen und diese Massnahme verstetigen und somit den Menschen ein bisschen Flexibilität zurückgeben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Patrick Fischer.

Patrick Fischer (SVP): Die Sozialhilfe ist das unterste Netz und es soll auch das letzte Mittel sein. Es soll nicht so sein, dass die Personen sich schon bei einer anbahnenden finanziellen Schieflage bei der Sozialhilfe melden. Zuerst sind die privaten Reserven aufzubreuchen. Der derzeitige Freibetrag von 4'000 Franken pro Person und 10'000 Franken pro Familie reicht aus unserer Sicht deshalb aus. Dazu kommt, dass persönliche Effekte und Hausrat nicht dazuzählen. Es geht also nur um angespartes Geld. Eine Einzelperson, 8'000 Franken und eine Familie, 20'000 Franken – viele arbeitende Personen haben nicht so viel angespartes Kapital. Ich sehe in der Erhöhung der Freibeträge keine Nachhaltigkeit. Ziel und Ansporn muss es sein, die Abhängigkeit von Sozialhilfe raschmöglichst verlassen zu können.

Aus unserer Sicht konzentrieren wir uns lieber auf die Entlastung des unteren Mittelstandes, der knapp über dem Existenzminimum lebt. Diese Personen gilt es davor zu bewahren, Sozialhilfe beziehen zu müssen. Diese tragen im Moment auch die Hauptlast. Sie zahlen Krankenkasse, sie zahlen Steuern, sie zahlen volle Kitabeiträge und sie zahlen sonstige



Versicherungsbeträge. Diese Personen arbeiten hart, um alles brav und redlich bezahlen zu können, und sie sind dennoch nicht in der Lage, ein finanzielles Polster zuzulegen.

8'000 Franken für Einzelpersonen und 20'000 Franken für Familien, die dazu dienen, sich hier und da mal einen Wunsch zu erfüllen oder die für etwas Unverwartetes (Erfreuliches oder auch Unerfreuliches) ausgegeben werden können, finden wir falsch, wenn man schon auf Kosten von anderen lebt. Wenn wirklich nichts mehr da ist, gebietet uns die Nächstenliebe, diesen Personen zu helfen und das wird in der Schweiz auch so gehandhabt. Niemand muss hier hungern, niemand muss auf der Strasse schlafen und niemand muss um eine Behandlung im Spital bangen.

Die SVP ist deshalb nicht für einen weiteren Ausbau des Sozialstaates und bittet Sie, den Anzug abzulehnen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage von Melanie Nussbaumer und eine von Tim Cuénod vor. Nehmen Sie sie an? Sie werden angenommen.

Melanie Nussbaumer (SP): Eine kleine Vorbemerkung: Es gibt auch in Basel Leute, die auf der Strasse leben. Meine Frage ist: Wieso finden Sie nicht auch, dass es einfacher ist, sich von der Sozialhilfe abzulassen, wenn man ein gewisses finanzielles Polster hat?

Patrick Fischer (SVP): Es gibt Personen, die auf der Strasse schlafen, aber das ist häufig selbst so gewählt. Ausserdem finde ich ein Polster von 4'000 Franken genügend. Ich selbst arbeite, seit ich 16 Jahre alt bin und ich habe lange Zeit keine 4'000 Franken auf der Seite gehabt.

Melanie Nussbaumer (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Zwischenfrage kommt von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Zur so Sozialhilfe wurde nicht sehr viel gesagt, aber dafür haben Sie sich als Anwalt des unteren Mittelstand inszeniert. Wenn Ihnen dieser so wichtig ist, dann würde mich schon interessieren, weswegen dann die SVP immer Forderungen wie die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau oder einkommensabhängige Krankenkassenprämien ablehnt.

Patrick Fischer (SVP): Wir lehnen ja nicht pauschal alles ab. Es kommt einfach differenziert auf die Vorschläge an.

Tim Cuénod (SP):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist der Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ehrlich gesagt verstehe ich die Differenz nicht, die hier geschaffen wird zwischen Mittelstand und den sozial Schwächsten. Ich denke, es ist im höchsten Interesse auch des Mittelstands, dass wir einen Sozialstaat haben, der dazu schaut, dass alle Menschen in diesem Kanton eine Möglichkeit haben zu Essen, Gesundheit zu haben, Krankenkassen bezahlen können und eine Wohnung haben. Ich glaube, das ist wirklich im Interesse unserer Gesellschaft und deshalb legt der Regierungsrat auch entsprechend darauf Wert, dass wir einerseits die Sozialhilfe so ausgestalten, dass sie die Grundbedürfnisse der Menschen finanzieren kann und andererseits, dass wir auch beim unteren Mittelstand Transferleistungen haben, damit auch Menschen, die nicht so viel Einkommen haben, Teil haben können an unserem Wohlstand, der wirklich sehr gross ist in unserem Kanton.

Konkret zu diesem Vorstoss: Es geht nicht um die Revolution und um die grossen Geschichten. Es geht eigentlich um eine relativ kleine Sache. Deshalb möchte ich das ein bisschen relativieren. Seit 2016 sind die Sozialhilfefälle in unserem Kanton um 2'000 zurückgegangen. Wir haben eine klar sinkende Fallzahl. Das ist eine sehr tolle und gute Entwicklung. Menschen finden Arbeit im Arbeitsmarkt, können sich das Leben selber finanzieren. Dieser Trend findet statt und er ist sehr erfreulich.



2'000 Fälle weniger, und wir reden jetzt hier von 12 Haushalten, für die dies eine Veränderung gebracht hat. Ja, wir können da jetzt sehr lange diskutieren, der Effekt, die Kosten, da geht es nicht um viel. Uns als Regierungsrat ist es wichtig, dass wir hier eine Verstärkung haben. Sie als Parlament haben dies angepasst das letzte Mal und wir sind der Meinung, dass man uns bei diesem neuen Betrag belassen kann. Es sind 12 Haushalte, die vielleicht durch diese Änderung zwei Monate früher auf die Sozialhilfe kommen, zwei Monate früher auch betreut werden durch die Sozialberatungen bei uns in der Sozialhilfe, was auch positive Wirkung haben kann.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, jetzt diese Erhöhungen, die Sie vor etwa zwei Jahren beschlossen haben, zu verstärken. Die Wirkung ist nicht sehr gross. Ich glaube auch, dass man auf bürgerlicher Seite dem zustimmen könnte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Oliver Bolliger das Wort.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die lebhaftige Debatte und danke der Regierung, dass sie meinen Anzug entgegennehmen möchte.

Vorweg an Joël Thüring: Grundsätzlich richte ich meine Politik nicht nach dem Partei des Departementsvorsitzenden aus, sondern vor allem nach meinen 30-jährigen Erfahrungen sozialer Arbeit in dieser Stadt, auch mal in der Sozialhilfe. Das ist mein Fokus und so richtig meine Politik aus.

Bevor ich auf die von Patrick Fischer geäusserten Bedenken eingehe, möchte ich noch einmal wesentliche Punkte meines Anzugs darlegen, bedanke ich mich aber auch schon bei Melanie Nussbaumer und Joe Vergeat für ihre Voten und ihre Erläuterungen. Ähnlich wie die ersten drei Anzüge zu der Ergänzungsleistungen geht es bei der Verstärkung des höheren Freibetrags in der Sozialhilfe darum, die finanzielle Ausgangslage von Armutsbetroffenen ein wenig zu verbessern. Wer von der Sozialhilfe leben muss, hat keinen finanziellen Handlungsspielraum mehr. Hier zählt nun wirklich jeder Rappen. Das können Sie unnötig finden, aber auch aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist es zentral, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer noch weiter aufgibt.

Wie schon erwähnt, habe ich meinen Anzug in der Coronazeit geschrieben, um damals zu verhindern, dass Menschen, die ausgesteuert und auf die Sozialhilfe angewiesen wurden, nun ihr ganzes Ersparnis ausgeben mussten, bevor sie das nächste Sicherungssystem in Anspruch nehmen konnten. Es geht dabei ja immer auch darum zu prüfen, ob jemand überhaupt einen Anspruch hat. Das ist immer noch die Grundvoraussetzung für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe. Die Mehrheit des Grossen Rates hat dieses Anliegen zwei Mal als gut befunden und die Unterstützungsrichtlinien wurden per April 2022 angepasst.

Wie von Regierungsrat Kaspar Sutter schon erwähnt, kam es gemäss Auskunft der Sozialhilfe nicht dazu, dass deswegen mehr Menschen von der Sozialhilfe unterstützt werden mussten oder dass gar ein bewusstes Umsiedeln aus den Landgemeinden stattgefunden hätte. Einzelne Menschen und Familien konnten aber so direkt profitieren und dadurch eine höhere Reserve von ihrem Ersparnis behalten.

Es ist zudem anzunehmen, dass diese Regelung auch förderlich ist für eine schnellere Ablösung von der Sozialhilfe, denn falls diese Person nur noch wenig finanzielle Mittel in Anspruch nehmen muss, weil sie vielleicht wieder eine Arbeit gefunden hat, die nicht das Ganze abdeckt, kann die Person aus dem Ersparnis diesen Betrag kompensieren und sich vielleicht entscheidet, früher die Sozialhilfe zu verlassen. Man kann davon ausgehen, dass das auch in diese Richtung eine Wirkung haben könnte.

Aktuell belastet die allgemeine Teuerung wirklich die Lebenssituation. Die Beschäftigungslage ist zwar gut und zurzeit sind die Sozialhilfefälle auch gesunken. Aber all dies ist nicht in Stein gemeisselt und deswegen macht es Sinn, diese kleine aber sinnvolle Anpassung auch für die kommenden Jahre zu übernehmen. Deshalb freut es mich sehr, dass die Regierung bereit ist, diesen Anzug entgegenzunehmen.

Nun noch kurz zu Patrick Fischer bezüglich Mittelstand und Sozialhilfe. Es ist nicht so, dass alle Menschen, die bei der Sozialhilfe sind, noch nie gearbeitet haben. Nein, im Gegenteil, viele Menschen haben schon gearbeitet, sind vielleicht aus krankheitsbedingten Gründen zur Sozialhilfe gekommen. Ich möchte ein klassisches Beispiel nennen: Ein Maurer hat einen Bandscheibenvorfall, kann nicht mehr auf dem Beruf arbeiten, hat Krankentaggeld für zwei Jahre, muss sich bei der IV anmelden. Irgendwann muss er sich dann auch bei der Sozialhilfe anmelden, weil die IV vielleicht nicht greift. Vielleicht geht es länger hin und her. Diese Person hat sehr wohl etwas erspart und muss dies nun aufbrauchen. Später kommt vielleicht der Entscheid der IV, dass er trotzdem jetzt eine Rente hat, aber dann hat er alles schon aufgebraucht. Auch hier haben wir eine Systemschwierigkeit, dass zwischen Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen ein grosser Gap ist. Diese kleine Anpassung wird das auch ein bisschen abflachen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001346, 20.09.23 17:25:36]

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 56 Ja-Stimmen bei 40 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

34. Anzug Daniel Hettich betreffend Änderung bei der Sanierung der Rauracherstrasse

[20.09.23 17:25:49, 23.5268.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Raffaella Hanauer (GAB): Ich spreche in meinem Votum sowohl für die GAB-Fraktion als auch für die SP. Die GAB-Fraktion wie auch die SP-Fraktion lehnen den Anzug betreffend Änderung bei der Sanierung der Rauracherstrasse beide ab und bestreiten. Dazu gibt es zwei Gründe, die ich gerne hier kurz ausführe.

Der erste Grund ist die Verkehrssicherheit. In der Rauracherstrasse gilt grundsätzlich Tempo 50. In der Kommission haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Rauracherstrasse mehr als Strasse mit Zentrumscharakter und wichtiger Quartierfunktion angesehen wird. Das Projekt sieht vor, während Ladenöffnungszeiten zwischen dem Rütliweg und in den Neumatten-Tempo 30 einzuführen. Wir fänden es nach wie vor sinnvoll, wenn in der Rauracherstrasse ganz grundsätzlich Tempo 30 gelten würde. Der Regierungsrat hat so nun auch den Auftrag, Tempo 30 in der Rauracherstrasse voranzutreiben. Die Strasse wird auf beiden Seiten rege genutzt und auch die Menschen, allen voran Schülerinnen und Schüler, überqueren die Strasse auch zwischen den Fussgängerstreifen. Ausserhalb der Ladenöffnungszeiten ist es jedoch noch nicht so weit. In der Rauracherstrasse gilt nach wie vor Tempo 50, auch vor dem Coop.

Wahrscheinlich wird es auch noch eine Weile dauern, bis Tempo 30 durchgehend kommt. Daher muss in unseren Augen die Strasse auch so gestaltet sein, dass trotz des hohen Tempos der Autos die Strasse sicher ist für die Passantinnen und Passanten. Die Verlängerung der Mittelinsel, wie sie die UVEK im Projekt angepasst hat, ist auch in diesem Sinne zu verstehen. Sie führt nämlich dazu, dass die Autos, die von der einen Seite kommen, schon früher abbremsen, also langsamer im belebten Teil der Strasse vorbeifahren und auch langsamer vor dem Coop vorbeifahren und nicht überholen können.

Der zweite Grund, weshalb wir diesen Vorstoss ablehnen, ist die Begrünung. Die begrünte zusätzliche Mittelinsel bringt mehr Grün. Es ist eine Variante, die abgeklärt wurde und von der wir wissen, dass sie gut umsetzbar ist. Bei der Vergrößerung des Vorplatzes hingegen wissen wir nicht, wie dies umgesetzt werden würde. Vorstellbar wäre, dass die Aufhebung der Parkplätze zur Vergrößerung des Vorplatzes dazu führen könnte, dass vor allem Anlieferungen dort stattfinden würden und dies nicht direkt zur Begrünung führen würde. Den Passanten und Passantinnen wäre damit nicht direkt gedient und es wurde auch noch nicht abgeklärt, ob eine Begrünung dort überhaupt möglich ist. Viel wäre es auf keinen Fall. In unseren Augen handelt es sich vielleicht etwa um einen halben Meter. Die dreifachen Mittelinseln hingegen würden sich über das Herz der Rauracherstrasse mit einem grünen Band hinwegziehen, was gestalterisch auch den Raum miteinander verbinden würde.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug abzulehnen besten.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Wir haben jetzt eben die Argumente von GAB und SP gehört, aber sie leuchten mir nicht ein. Zwei Inseln genügen aus meiner Sicht. Es geht ja immer wieder auch um Parkplätze und der Vorstoss nimmt ja in Kauf, dass sechs Parkplätze aufgelöst werden. Es leuchtet mir ein, dass mit der gewonnenen Fläche, statt einer dritten Insel, der Vorplatz des Rauracher Zentrums vergrössert wird. Für diverse regelmässige Veranstaltungen ist der Vorplatz meistens zu klein. Das wissen die Leute aus dem Quartier. Für das Rauracher Zentrum und für die Bevölkerung im Quartier bietet die vorgeschlagene Anpassung einen echten Mehrwert.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Wir hatten ja schon innerhalb der GAB einige Diskussionen über dieses Traktandum. Für mich ist das eine etwas traurige Lösung, die wir hier präsentiert bekommen, einen Kompromiss, als eine Notlösung oder eine Abwehr eines noch schlechteren Vorschlags. Dies aufgrund der Tatsache, dass es scheinbar immer noch wertvoller und wichtiger ist, mit 50 Km/h durchzubrettern, durch eine Strasse, die links und rechts von einem Supermarkt und einer Migros mit Hunderten von Leuten besucht und begangen wird, mit zusätzlich zwei Bushaltestellen. Da müsste eine andere Lösung gefunden werden, die wahrscheinlich auch viel besser in der Riehener-Bevölkerung verankert gewesen wäre.

Ich sehe es absolut so wie auch meine Vorrednerin vom GA B, dass es wahrscheinlich gut ist, dass wir einen schönen Streifen haben, der sicher etwas bringt für die Biodiversität. Ich hoffe vielleicht auch noch, dass man da einige Bäume hinpflanzt, dann wird es noch schöner. Aber ich muss sagen, ich habe mit Leuten der Lokalgruppe 20/30 gesprochen, die dort wirklich aktiv sind und versuchen, die Aufenthaltsqualität dieses Ortes zu erhöhen und die sind mit so einer Lösung einfach nicht glücklich. Es wäre also schön gewesen, wir hätten uns wirklich dazu durchringen können, eine anständige Begrünung zu machen. Die Sache mit den 50 Zentimetern sei dahingestellt. Ich glaube, man hätte mehr Platz schaffen können, um die Begrünung, auch die Biodiversität und die Aufenthaltsqualität der Menschen dort zu erhöhen. Aber scheinbar gibt es hier viele Ängste und wir haben eine Lösung, die einfach ein meiner Meinung nach fauler Kompromiss ist. Aber trotzdem, aus der Angst heraus, dass es noch schlimmer kommen könnte, unterstütze ich den Antrag meiner Fraktion.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Einige inhaltliche Argumente wurden ja genannt, also einerseits natürlich das Gewicht der Begrünung, auch wenn das nur eine Mittelinsel ist, aber wir versuchen wirklich wo möglich zu entsiegeln und das Regenwasser aufzunehmen. Der andere Aspekt ist derjenige der Verkehrssicherheit. Und jetzt komme ich zu einem demokratiepolitischen Argument. Sie haben hier diese Güterabwägung zuerst in der Kommission und dann hier im Grossen Rat gemacht. Wenn wir jetzt einen Aspekt ändern, müssten wir den wieder abwägen gegen Verkehrssicherheit, gegen Begrünung, gegen andere Argumente. Das kann in dieser Form nicht mehr geschehen, weil Sie uns dann den Auftrag geben, das zu tun. Natürlich wäre dies ein Prüfauftrag, aber ich frage Sie dann, wie diese Entscheidungskette gehen soll.

Es kommt hinzu, und das ist mir wirklich auch wichtig zu sagen: Dieser Entscheid hier im Grossen Rat genau mit dieser Version ist über zwei Jahre alt. In dieser Zeit haben unsere Teams gearbeitet, geplant, Geld und Stunden investiert in die Koordination und so weiter. Wenn wir zwei Jahre später die Planung stoppen und Dinge umplanen, dann vernichten wir auch Steuergelder. Ich darf Sie wirklich darum bitten, im Sinne auch der Verlässlichkeit von Entscheiden. Ich kann Ihnen garantieren, bei jedem unserer Projekte gibt es Dinge, die sich in der Zwischenzeit wieder geändert haben, gewisse Normen, und wenn wir jedes Mal Projekte stoppen, die auf der Ziellinie sind, die in wenigen Monaten auch für die Planaufgabe reif sind und diese Leute wieder an neuen Projekten arbeiten können, dann blockieren wir uns selber.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass Sie selber ein starkes Votum zugunsten von schnelleren Projektierungszeiten gehalten haben mit der Motion Seiler, Sie da alle unisono gesagt haben, dass wir schneller werden müssen. Das finde ich auch. Wir müssen schneller werden, und genau dies ist jetzt so ein Moment, wo wir sagen müssen, dass dieses Projekt in dieser Form seit zwei Jahren bekannt ist. Ich bitte Sie, nicht in einem derart späten Stadium uns noch mal zurückzuwerfen und wir solche grossen Anpassungen vornehmen müssen.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Wort hat nun der Anzugsteller Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Wie schon ausgeführt, die Rauracherstrasse als Kantonsstrasse führt vor dem Raucher Zentrum durch das Zentrum, ist für Riehen Süd ein wichtiger Ort. Er ist Einkaufsort, er Veranstaltungsort und Treffpunkt für viele, wenn nur einfach zum Kaffeetrinken. Wie im Anzug schriftlich erläutert, wurde die Änderung durch die UVEK gemacht und die Änderung gegenüber dem Regierungsvorschlag konnten wir in Riehen so nicht einsehen.

Die UVEK gewichtet die Vorteile der dritten Mittelinsel höher als der Erhalt von sechs Parkplätzen, was so beantragt und entsprechend die Planung in Auftrag gegeben wurde. Mir geht es im Anzug nicht um die Parkplätze. Das kann, das muss man akzeptieren. Es geht mir auch nicht um das Tempo. Es gilt übrigens schon während der Schulzeit Tempo 30 ab diesem Stück, falls das nicht alle wissen. Es geht mir darum, dass das Zentrum von der dritten Insel nicht wirklich profitieren kann. Die Fläche der Parkplätze, die ja vor dem Zentrum liegen, könnte man wirklich besser einsetzen für das Rauracher Zentrum, für Anlässe, für irgendwelche Aktivitäten. Hinzu kommt, dass durch die Mittelinseln der Verkehr eigentlich näher an das Zentrum heranrückt. Wenn die Leute dort sitzen, fahren sie dann noch näher an den Tischen vorbei, was den Aufenthalt sicher auch nicht gemütlicher macht.

Wie die Fläche schlussendlich gestaltet würde, wäre zu planen. Ich denke, die Änderung ist nicht so gross, die Fläche könnte entsiegelt werden, sie könnte grün sein, es würde sicher der Ambiance des Platzes besser dienen als die Mittelinsel, auf der kein Menschen stehen kann, weil sie nicht dem Überqueren der Strasse dienen können.

Vielleicht noch zum Zeitpunkt: Gebaut ist noch nichts, nach meiner Meinung ist die Änderung nicht so gross und eine Anpassung wäre durchaus, wenn man es dann will, möglich und nicht zu spät.

Ich hoffe, Sie haben ein Herz für Riehen Süd und seinen wichtigen Treffpunkt, das Rauracher Zentrum, und können einer Überweisung vielleicht doch noch zustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 58 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001348, 20.09.23 17:39:42]

Der Grosse Rat beschliesst,

den Anzug nicht zu überweisen. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen bei 28 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen.

35. Anzug Eric Weber betreffend Straftaten verhindern

[20.09.23 17:39:57, 23.5273.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

1. Traktandum 1

[20.09.23 17:40:15]



Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann Ihnen nahelegen, Sie können jetzt schon zum Abendessen gehen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich werde die ganze Redezeit ausnützen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es gibt einen Spruch, der zu dieser Sache passt. Der Parlamentarier ist ein Mensch, der das Glück hat, dass sich sein Auftraggeber nur alle vier Jahre um ihn kümmert. So ist es und ich habe mir zu dem Anzug viele Gedanken gemacht.

Sie wissen, wir haben in Basel-Stadt die grösste IV-Quote der ganzen Schweiz. Wenn ich Stadtführungen mache in Basel erkläre ich immer, dass wir weltweit die Stadt sind, welche die meisten IV-Fälle hat, teilweise sogar mit Sozialhilfe. Das muss man wissen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Deswegen habe ich diesen Anzug eingereicht, weil Straftaten von Tätern im Vorfeld verhindert werden müssten. Ich weiss, mein Anzug hat keine Chance, aber ich probiere es trotzdem, denn das sind Dinge, welche die Leute beschäftigen, und in zwei Jahren wird eine andere Partei den Anzug mit ähnlichem Wortlaut einreichen. Ich bin der Zeit voraus.

Eine Präventionsstelle würde sich an volljährige Betroffene richten, die in ihrer Persönlichkeitsstruktur ein Risiko für gewalttätiges Verhalten aufweisen mit einer der folgenden psychischen Erkrankungen: Einer Erkrankung aus dem schizophrenen Formenkreis oder einer schweren Persönlichkeitsstörung. Ich weiss wovon ich rede. Wenn man seine Meinung vertritt, wird man auch heute in Basel einfach auf den Kopf geschlagen. Man wird angegriffen, man wird bespuckt, man wird zusammengeschlagen. Diese Leute, müssen wirklich eingesperrt werden. Diesen Menschen droht aufgrund ihres Verhaltens eine Zwangsunterbringung in der allgemeinen Psychiatrie wegen Fremdgefährdung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wollen Sie alle Ihre Anzüge vorlesen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich gehe davon aus, dass die Leute das nicht gelesen haben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Deswegen will ich die wichtigsten Passagen vorlesen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Bei Gewalttaten ist vor allem auch das unmittelbare Umfeld betroffen, also Eltern, Geschwister, Ehepartner und Bekannte. Daher sollten sich auch Angehörige und Freunde an die neue Präventionsstelle wenden und in die Therapie einbezogen werden.

Ich finde, es geht einfach zu weit. Am 11. März 2021 wurde der Grossrat Eric Weber auf dem Claraplatz heimtückisch von hinten auf den Kopf geschlagen. Eric Weber fiel dabei um. Der Täter kam vom Manor und lief in Richtung Messe. Solche Vorfälle nehmen in Basel zu. Als ich noch ein junger Mensch war, hatten die Leute mehr Respekt. Jetzt wird einfach zugeschlagen. Auch Diebstähle nehmen zu. Diese Leute brauchen Hilfe.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir stimmen ab. Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:



Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001350, 20.09.23 17:45:50]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 77-Nein-Stimmen, einer Ja-Stimme ohne Enthaltung.

36. Anzug Eric Weber betreffend Nachtsitzungen gehören abgeschafft

[20.09.23 17:46:06, 23.5274.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegen zu nehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir hatten schon lange keine Nachtsitzung mehr. Wenn Sie sich daran erinnern, an einer Nachtsitzung im letzten Jahr haben die Leute einfach schon Wein oder Bier getrunken. Es ist peinlich für ein solches Kantonsparlament, wenn die Zunge gelockert ist. Sie werden es heute Abend sehen. Ich nenne keine Namen, aber es war peinlich, wenn die Leute trinken gehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Bleiben Sie bitte beim Thema. Das ist der erste Ordnungsruf.

Es ist peinlich für so ein Parlament, wenn die Leute mit lockerer Zunge kommen. Und heute Abend werden wir das sehen. Darum müssen Nachtsitzungen abgeschafft werden. Im Basler Parlament gab es 2022 einen Zwischenfall, als ein Redner seine Rede abbrach und den Saal verliess. Im Basler Grossen Rat geht meistens ein Murren durch die Reihen, wenn es heisst, dass es eine Nachtsitzung gibt.

Eric Weber (Fraktionslos): Darum möchte ich, dass alle Nachtsitzungen abgeschafft werden.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wäre froh, wenn ich mal zwei oder drei Stimmen bekommen würde. Viele Grossräte sind übernächtigt. Doch irgendwie scheinen die Beteiligten stolz darauf zu sein, die ganze Nacht hindurch zu streiten. Ja, an sich ist Streit nicht negativ, wenn wirklich um Gemeinsames gerungen wird, aber nicht zu später Stunden um 22 Uhr.

Spannend war es früher, als wir Nachtsitzungen bis 23.30 Uhr hatten. Da ging hier vorne wirklich etwas ab. Das ist spannend, aber nicht, wenn wir eine Nachtsitzung machen und dann sagen, um 22.30 Uhr ist Schluss. Ich möchte Sie bitten, bis am Schluss zu verhandeln. Heute sind wir verweichlicht. Darum stelle ich heute Abend den Antrag, die Sitzung erst zu beenden, wenn alle Traktanden abgearbeitet sind.

Also streiten Sie sich gern um den besten Kurs für unseren Kanton, aber bitte gehen Sie um 18 Uhr nach Hause. Morgen früh um 7 Uhr sind Sie frisch und haben gute Ideen.



Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie erreicht werden kann, dass im Parlament keine Nachtsitzungen mehr stattfinden. Aber für heute möchte ich, weil wir ja die Nachtsitzung haben, dass diese um 22.30 Uhr nicht abgebrochen wird, sondern erst dann, wenn wir alles durchgearbeitet haben.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 78 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001352, 20.09.23 17:51:42]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 78 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung

37. Anzug Eric Weber betreffend Besucher-Badge für Grossrats-Besucher

[20.09.23 17:52:06, 23.5275.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegen zu nehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist einfach unfair. Ich sehe so viele Grossräte mit Gästen, mit ihren Kindern oder Freunden. Diese alle dürfen in den Vorraum, aber wenn ich das will, geht es nicht, weil es heisst, ich würde keiner Fraktion angehören. Ich möchte auch für meine Gäste einen Badge. Ich möchte nicht angeben, aber ich bin der Grossrat mit den meisten Besuchern. Auch heute sitzen wider 15 Jugendliche auf der Tribüne. Wenn man einen persönlichen Gast hat, möchte man natürlich auch einen Badge haben, damit er ins Vorzimmer kann.

Und darum möchte ich in diesem Anzug festhalten: Alle Fraktionen können im Parlament für ihre Besucher einen sogenannten Besucherbadge erhalten. Ein fraktionsloser Abgeordneter erhält das nicht, da er keine Fraktion bilden kann. Das ist ungerecht und stachelt einen noch mehr dazu an, wo einem dann sagt, das ist ungerecht und das stachelt dann einen noch mehr an, hier vorne zu reden und das Recht einzufordern.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Dann kommen wir zur Abstimmung.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe noch nicht geendet.

Der Anzug wird nicht durchgehen, aber ich will weiterhin die Parlamentsverwaltung fragen, ob ich einen Besucherpatch haben darf. Ansonsten ist es keine Gleichberechtigung, und solange ich da vorne bin, sage ich das und ich möchte nicht im Untergrund kämpfen. Es ist einfach ungerecht, wenn sich gewisse Leute hier aufspielen, ihre Kinder präsentieren und Alt-Grossräte im Vorzimmer sind, die hier gar nichts zu suchen haben und ich mich dann beschweren muss. Darum möchte ich, dass man darüber abstimmt, dass Eric Weber auch das Recht hat, einen Gast anzumelden kann.

Wir sind gewählte Grossräte und jeder darf seine Meinung haben, und wenn einer eine andere Meinung hat, die nicht passt, finde ich es einfach nicht okay, wenn man ihn dann einfach abwürgt.

Ich komme zum Schluss: Politiker, auch ich, sind Menschen, die über manches wenig und über das meiste nichts wissen, aber über alles etwas zu sagen haben.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 77 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001354, 20.09.23 17:57:37]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung. Der Anzug ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 77 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und ohne Enthaltung

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

38. Anzug Eric Weber betreffend feste Sprechzeiten für den Parlamentsdienst

[20.09.23 17:57:51, 23.5276.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Es heisst immer, bei uns soll alles besser werden, aber bei uns ist es nicht der Fall. Ich möchte die Vorgeschichte zu dem Anzug erläutern. Seit 2012 kann man nicht mehr zur Grossratskanzlei gelangen. Früher konnte man bei Sabine Canton Dokumente abgeben.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist geändert worden. Das Rathaus ist verriegelt worden, weil die Staatsschreiberin das verlangt hat. Wenn man ein Grossrat ist, möchte man nicht sich unten an der Pforte anmelden bei immer ständig anderen Leuten, die nicht wissen, wer man ist. Das ist für ein Parlament unwürdig.

Andere Landesparlamente arbeiten da ganz anders. Zum Beispiel der Sächsische Landtag in Dresden. Dort kann man als Mitarbeiter und als Abgeordneter ständig zu seinen Ansprechpartnern, die sind alle erreichbar mit offenen Türen. Darum sage ich: Es ist als Grossrat ab und zu nicht einfach, den Parlamentsdienst zu erreichen. Und wenn dann einmal der Parlamentsdienst etwas vom Abgeordneten will, dann soll der Grossrat sofort am besten noch am gleichen Tag erreichbar sein. Damit die Zusammenarbeit verbessert wird, könnte man doch immer den Dienstag vor der Parlamentssitzung als Sprechtag ansetzen. Sollten gleich mehrere Grossräte erscheinen, werden sie in einer Warteschlange in einer Reihe behandelt. Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass immer jeder Dienstag vor einem Parlamentsmittwoch von 9 bis 18 Uhr die Parlamentsdienste für alle Grossräte erreichbar sind, dass dann jemand Dienst schiebt und dass es nicht heisst, es ist keiner da.

Ich möchte einfach, dass es Sprechzeiten sind, an denen man seine Sachen abgeben kann und nicht, dass man sich per Telefon, per E-Mail oder Whatsapp anmelden muss. Man will persönlich zum Parlamentsdienst gehen und man möchte nicht an einer Rezeption abgefertigt werden. Ich wurde bestimmt seit 2013 schon 20 Mal an der Rezeption abgefertigt. Das führt dazu, dass man die Lust am Mitmachen verliert, am Mitdenken. Sie alle wollen ja den Kanton verbessern, aber wenn man keinen Zugang hat zu seinem Chef oder zu seiner Parlamentsverwaltung, ist das für mich sehr traurig.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident:

Eric Weber (Fraktionslos): Früher konnte man hochgehen und ein bestimmtes Gesetzesbuch verlangen, das man dann auch bekommen hat. Aber jetzt werden wir von der Kanzlei ferngehalten und das finde ich traurig. Das gibt es in keinem anderen Schweizer Parlament. Das gibt es nirgendwo, aber in Basel werden wir als freundliche Grossräte ausgesperrt. Da frage ich



mich, wofür es einen Parlamentsdienst braucht, wenn wir als Grossräte ausgesperrt sind. Ich möchte diesen Zustand verbessern und wissen, wann ich den Parlamentsdienst erreichen kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0001356, 20.09.23 18:03:29*]

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung.

Eric Weber (Fraktionslos):

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgelehnt mit 68 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme ohne Enthaltung.

Schluss der 28. Sitzung

18:04 Uhr